

Danziger Zeitung.

№ 9644.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 19. März. Auf dem Karst herrscht heftige Dürre. Die österreichische Südbahn hat auf ihrer ganzen Linie (Wien-Triest) mit heftigen Schneeverwehungen zu kämpfen.

Paris, 19. März. Nach einem der „Agence Havas“ zugegangenen Telegramm aus Aquila haben die Türken gestern die Infurgenten bei Muffisch nach einem lebhaften Kampfe zurückgeworfen und darauf Klobud besetzt.

Madrid, 18. März. Der König wird heute Abend im Escorial erwartet.

Rom, 19. März. Das gesammte Ministerium hat, wie die „Agenzia Stefani“ bestätigend meldet, dem Könige seine Demission eingereicht. Mit der Bildung eines neuen Cabinets ist der Deputierte Depretis beauftragt. Eine Liste für das neue Ministerium ist noch nicht festgestellt.

Abgeordnetenhause.

30. Sitzung vom 18. März.

Abg. v. Schorlemer-Mast theilt mit, daß der Schriftsteller Hugo Meyer in Berlin dagegen protestiert habe, daß er der Bearbeiter der neulich erschienenen Bearbeitung des Simplissimus sei; der Bearbeiter heiße Eard Hugo Meyer. — Abg. Windthorst (Bielefeld) hat von der Verlagsbuchhandlung in Bremen die Ausgabe des Simplissimus erhalten, mit der Bitte, das Buch zu prüfen und es gegen die Beschuldigung des Hrn. v. Schorlemer in Schutz zu nehmen. Das Haus möge sich einstweilen kein Urtheil über das Buch bilden. — Abg. Windthorst (Meppen) folgt sofort sehr gern den Wünschen seines Veters, habe sich aber leider bereits ein Urtheil gebildet. (Heiterkeit.)

Interpellation des Abg. v. Heereman, betreffend das Verfahren der Regierung und des Oberpräsidenten zu Münster bezüglich der Benutzung der dort von den Ordensgenossen der Capuziner und Franziskaner früher innegehabten Gebäude. — Cultusminister Falk: Die in der Angelegenheit beteiligten Privatpersonen Graf Galen und Kaufmann Albers haben sich an den Minister des Innern und an mich am Ende des vorigen Monats Beschwerde führend gewandt. Die Beschwerden sind dem Oberpräsidenten der Provinz Westfalen zur Berichterstattung zugeföhrt worden. Sobald dieser Bericht vorliegt und der Minister des Innern und ich darüber schlüssig geworden sind, werde ich die Interpellation beantworten. Erste Beratung der Städteordnung für die Provinz Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen.

Abg. Miquel: Wenn sich die Vorlage auch nur als Gesetz für die 5 städtischen Provinzen ankündigt, so soll sie doch demnach Gesetz für die ganze Monarchie werden. Es ist daher fraglich, ob man sich nicht vorläufig an einer Novelle hätte halten sollen, welche die Bestimmungen enthält, die sich mit Nothwendigkeit aus der neuen Verwaltungsorganisation ergeben. Da aber einmal ein anderer Weg eingeschlagen worden, müssen wir auch davon ausgehen. Rücksicht gegen die in den einzelnen Provinzen bestehenden Städteordnungen nicht zuzulassen. Ich scheide von vorn herein zwei sehr wesentliche Fragen aus: Erstens, welche Kommunen sollen überhaupt Stadtrecht haben? Der Entwurf befaßt sich überhaupt gar nicht mit dieser Frage; wir können sie auch ohne eine Landgemeindeordnung gar nicht entscheiden. Wie die Sache liegt, können wir aber einer großen Zahl von Städten, obwohl dieselben in Wahrheit nur Landgemeinden sind, die städtische Verfassung nicht nehmen. Ich scheide ferner in Uebereinstimmung mit dem Entwurf die Frage wegen des Dreiklassenwahlrechts aus. Bekanntlich bestehen in der Monarchie in dieser Beziehung verschiedene Systeme und ebenso verschieden sind die Voraussetzungen, Bürger zu werden und zu sein. Zweifelloß kann man diese ganze Materie nur einheitlich für die ganze Monarchie ordnen, und da die Vorlage das ganze Communalverwaltungssystem einem besonderen Gesetz vorbehalten hat, so haben wir jetzt gar nicht die dazu erforderliche Grundlage. Im Uebbrigen will ich nicht verkennen, daß diese Städteordnung einige Fortschritte gegen das Gesetz von 1853 enthält. Sie sind aber leider erkauft mit bedenklichen Rückschritten gegen das gemeine Recht der preussischen und deutschen Städte. Die Regierung reservirt sich das Recht der Bestätigung der Bürgermeister und Abgeordneten, sie verzichtet anscheinend sehr liberal auf die Bestätigung der Stadträte. Aber dieser liberaler Verzicht ist erkauft mit einer Präponderanz des Bürgermeisters über sein Magistratscollegium, so daß die Mitglieder des letzteren eigentlich nur Mitglieder einer Actiengesellschaft sind, die nur Vermögensverwaltung hat. (Zustimmung.) Freilich so konnte die Regierung ganz gut auf die Bestätigung der Stadträte verzichten, denn sie bedeutet wenig. Der Bürgermeister wird in eine wahre Präfectenstellung erhoben. Wenn er durch Gesetz berufen ist, die gesammte Polizeiverwaltung allein zu führen, wenn er alle Polizeibeamten anstellt, wenn er nicht bloß Beschlüsse der städtischen Collegien beanstanden kann, sondern dies sogar muß auf Erfordern des Regierungspräsidenten, so frage ich: wie ist da ein collegialisches Verhalten zwischen dem Magistrat und seinem Chef möglich? Denn ebenso wenig wie man den Begriff der Polizeigewalt von der obrigkeitlichen Gewalt trennen kann, kann man auch Polizei- und Communalverwaltung trennen. In der schleswig-holsteinischen Städteordnung haben wir die Wirksamkeit der königlichen Polizeiverwaltungen auf die Sicherheitsmaßregeln beschränkt. In Hannover hat sich die Uebertragung der Polizeigewalt an das Magistratscollegium mit der Delegation eines Mitgliedes für die Executive sehr gut bewährt. Man erwartet von der Polizei meistens eine repressive Thätigkeit, während in den Städten bei einzelnen Zweigen, z. B. bei der Sanitätspolizei das positive Schaffen köstlicher Institutionen die Hauptfache ist, das man doch nicht gut in die Hand einzelner Beamten legen kann, weil dadurch die Opferfreudigkeit beeinträchtigt wird. Der Abschnitt von der Polizei wird also im Einverständnis hoffentlich mit der Regierung umgearbeitet werden müssen. Auch wird eine Einigung mit der Regierung in Betreff der Städte, in welchen königliche Polizeidirectionen eingesetzt werden sollen, herbeigeföhrt werden, welche bis jetzt nur durch den Stat ein- und abgesetzt werden. Grundsatz muß jedenfalls

sein, daß die Polizeigewalt ein Theil der Magistratsbefugnis ist und von derselben nur durch Specialgesetz getrennt werden kann. Es wäre auch besser, den größten Theil des Titels, betreffend das staatliche Aufsichtsrecht über die Gemeinden zu streichen. Die Bestimmung, wonach der Bürgermeister auf Erfordern des Regierungspräsidenten verpflichtet sein soll, die Beschlüsse der Stadtverordneten zu befehlen, gehört namentlich hierher. Ich sehe nicht ein, warum dem Regierungspräsidenten allein die Befugnis, in die Communalverwaltung einzugreifen, eingeräumt ist. Die Stadt wird doch wohl darüber verfügen können, ob und welche Personen an ihren Gemeindegängen, natürlich innerhalb der gesetzlichen Befugnisse, theilnehmen sollen. Ueberdies ist ja bei etwaiger Verletzung von Privatinteressen das Verwaltungs-Streitverfahren zulässig. Ferner hat man dem Staatsministerium das Recht gegeben, eine Stadtverordneten-Versammlung aufzulösen. Ich halte dies nicht für erforderlich, da einerseits die Staatsregierung eine Stadtverordneten-Versammlung nicht auflösen kann, die über die Art der Verwaltung mit der Bürgererschaft im vollen Einverständnis ist, andererseits auch die regelmäßige Ergänzung der Stadtverordneten-Collegien keinen Zweck haben würde. Was das Verhältnis der Aufsichtsinstanzen in der Communalverwaltung betrifft, so erblicke ich in dem System dieser Vorlage einen Fortschritt. Allein die Ausnahme hiervon, die in der Polizeiverwaltung in Bezug auf den Landrath gemacht wird, scheint mir nicht immer zulässig. Eine größere Stadt mit tüchtigen Verwaltungsbeamten, mit eigener polizeilicher Organisation, die ebenso flugig ist als der betreffende Landrath (sehr richtig!), braucht keine solche Bevormundung, wie die Einwirkung des Landraths. Bei ganz kleinen Städten, die eigentlich Landgemeinden sein sollten, wird man allerdings noch die Frage nach der Aufsichtsinanz der Landräthe zu prüfen haben; aber eine Grenze muß hier unabweislich festgestellt werden. Was ferner die Abgrenzung der Befugnisse der städtischen Collegien untereinander betrifft, so bin ich mit der Stellung des Magistrats zu den Stadtverordneten, wie der Entwurf sie anordnet, einverstanden. In den bestehenden Städteordnungen kann man in dieser Beziehung drei Systeme unterscheiden: Bei dem einen System, was in der Provinz Hannover und zum Theil auch in der Provinz Posen gilt, sind den Stadtverordneten gesetzlich bestimmte Rechte zugestanden und der Magistrat ist der Inhaber der gesammten Communalverwaltung, die nur in einzelnen Fällen durch die Zustimmung der Stadtverordneten-Collegien beschränkt ist. Das andere entgegengesetzte System, welches wir in der Städteordnung der alten Monarchie haben, ordnet generell die Befugnisse der Stadtverordneten und des Magistrats und macht das Stadtverordneten-Collegium zum eigentlichen Schwerpunkt der Verwaltung. Nachdem dieses System nun so lange Jahre bestanden hat, kann man eine Beschränkung nicht mehr machen; es wird vielmehr darauf ankommen, die Stellung von Magistrat und Stadtverordneten in der richtigen Weise zu ordnen. Das dritte System schließlich liegt zwischen beiden in der Mitte und ist in der Städteordnung für Schleswig-Holstein gewählt. Es würde nun gewiß gegen die Wünsche aller städtischen Verwaltungen sein, wenn wir das System von Hannover oder von Schleswig-Holstein hier acceptirten; wir müssen uns hier an das der alten Monarchie anschließen. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß bei dieser Competenzscheide in der Städteordnung leicht der Stadtverwaltung hinderliche Gegenstände zwischen den beiden städtischen Collegien eintreten. Man sollte also bei Conflicten eine gemeinschaftliche Beratung von Magistrat und Stadtverordneten für zulässig erklären, denn hierbei ist keineswegs zu befürchten, daß der Einfluß der Stadtverordneten prävalire. Beide Collegien sind hierbei in gleicher Lage in Betreff der Information und bereits abweichend gefaßte Beschlüsse einzelner Collegien hindern nicht ein Einverständnis. Dadurch sind in den neuen Provinzen die Conflicte viel seltener als in den alten. Die Consequenz solcher Conflicte ist nach der Vorlage, daß die Sache liegen bleibt, bis die Collegien sich einigen. Aber gerade so wie in der Strafprozeßordnung durch aufeinanderfolgende Paragraphen der Satz: „Hausdurchsuchungen darf nur der Richter vornehmen“ so limitirt wird, daß es auch der Polizeicommissar darf (Heiterkeit), so verordnet auch die Vorlage in einem besonderen Paragraphen, daß auf Anrufen der Streitenden die Entscheidung des Regierungspräsidenten eintritt. Durch eine solche Bestimmung wird die Unabhängigkeit der Communalverwaltung in Frage gestellt. Sollte man die gemeinschaftliche Beratung der städtischen Collegien nicht belassen, so möchte ich, daß man die ganze Angelegenheit dem Ortsstatut zur Regelung überläßt. Ein directer Mangel des Gesetzes ist es, daß überhaupt keine Bestimmungen enthalten sind über den Erlass von sogenannten Polizeiverordnungen; wenn aber keine klare Grenzschiede zwischen Polizeigewalt und obrigkeitlicher Gewalt und Communalverwaltung zu finden ist, so ist klar, daß derjenige, welcher das Recht der Polizeiverordnung hat, in der Lage ist, die Regeln zu bestimmen, nach denen die obrigkeitliche Gewalt und selbst die Communalverwaltung ausgeübt werden soll. Wenn nun der Erlass der Polizeiverordnung ein Recht der Polizeibehörde ist, und wenn in den Städten die Polizeibehörden entweder königliche Behörden sind, die mit der städtischen Verwaltung in keiner Beziehung stehen, häufig sogar im Gegensatz zu ihr stehen, oder aber die Person des Bürgermeisters allein, so ist klar, daß unausföhrlig Competenzconflicte zwischen den Communalbehörden und den Polizeibehörden Platz greifen müssen, — ein unharmonisches Verhalten beider. Es muß also entschieden eine Grenzschiede gegeben werden zwischen dem Recht der Polizeiverordnung und dem städtischen Autonomierecht. Ich könnte Ihnen noch viele ähnliche Bemängelungen bei der Vorlage vorbringen, aber ich glaube klargelegt zu haben, daß die Städteordnung einer sehr gründlichen Durchberatung im Hause bedarf und daß bei derselben alle Provinzen gleichmäßig interessiert sind und wir uns als Ziel vorbehalten müssen, eine Städteordnung für die ganze Monarchie zu machen; ich halte es deshalb für nothwendig, die Vorlage an eine Commission zu verweisen. Ich hoffe, daß die Regierung weniger ängstlich auf dem Gebiete der Einräumung von Rechten an die Städte sein wird, wie auf jedem andern Gebiete, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durch eine langjährige Erfahrung bewiesen ist, daß man ohne Bedenken für die communale Verwaltung und die Interessen des

Staates den deutschen Städten weitgehende communale Rechte und Freiheiten einräumen kann. Wir haben hier keine Gefahr, daß die Dinge misslingen. Wir selbst haben zum großen Theil jahrelang in der Städteverwaltung gestanden; wir haben zu den Bürgern der deutschen Städte das volle Vertrauen, und wir müssen das Vertrauen dadurch rechtfertigen, daß wir wenigstens nicht allzuviel ängstlicher sind, als zu der Zeit, wo die Städtefreiheit in den altpreussischen Provinzen zuerst begründet wurde. Was damals ein unendlich kühner Schritt war, das ist jetzt noch die äußerste Vorlicht, wenn wir auch noch so kühn zu sein glauben. Das wenige, was wir nach meinen Ausführungen noch erreichen wollen, ist im Verhältnis zu dem, was damals gegeben und gewagt wurde, eine wahre Kleinigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hundt v. Safften bittet den Minister, die Städteordnung in Posen nicht einzuföhren; er hat gehört, daß von der Fortschrittspartei ein solcher Antrag gestellt werden würde. Es zeige sich hier wieder das gefühlsvolle Herz jener Partei für die großen Städte, in denen ihre Ideen Anfang finden, und die für ihre Agitation das weiteste Feld bieten, während dieselbe für das Land ein höchst hartes Herz besitzt. Das Herz des Abg. Richter geht sogar in Flammen auf, wenn nur ein Rittergutsbesitzer entfernt am Horizont erscheint und er droht dann sofort mit Erhöhung der Spiritussteuer etc. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (Hagen): Ich werde dem Präsidenten eine Petition des westfälischen Städtetages um Erlass einer allgemeinen Städteordnung übergeben. Ob die vorliegende Städteordnung auf die Provinzen Schleswig-Holstein, Posen und Frankfurt a. M. auszu dehnen sei, darüber wollen wir das Gutachten der Abgeordneten dieser Landesheile abwarten. Dagegen werden wir beantragen, dieselbe auf die Provinzen Rheinland, Westfalen, Posen und Nassau auszu dehnen, wodurch durchaus keine Umarbeitung des Entwurfs erreicht wird. Der vor wenigen Jahren im Ministerium des Innern ausgearbeitete Entwurf beweist, daß es nur leichter redactioneller Aenderung bedarf, um diesen neuen Entwurf für den ausge dehnten Theil des Staates Geltung zu verschaffen. Wir wollen wie in den Jahren 1850—1852 den Städten der Monarchie eine einheitliche Städteordnung geben, welche ihnen nur durch den Zwang einer wüßigen Reactionsperiode genommen wurde. (Beifall.) Wenn der Vorredner Recht hätte, müßte man die Städteordnung von 1853 für die Provinz Posen abschaffen, während dieselbe zu Beschwerden noch keinen Anlaß gegeben hat. In der Consequenz seiner Annahme kommt der Vorredner überhaupt dazu, daß die ganze Provinz Posen mit Ausschluß aller Selbstverwaltung durch Polizei-Commissarien höherer und niedriger Ordnung regiert wird. (Sehr wahr! links.) Für die Einführung der Städteordnung in Rheinland und Westfalen sprechen aber weit mehr Gründe; Posen hat in der Städteordnung von 1853 doch immer noch eine bessere als die Provinzen Rheinland und Westfalen. Die beiden letzteren Provinzen wurden damals sehr mäßigligig behandelt, weil man sie für besonders regierungsbedürftig hielt. Die Aenderung der Städteordnung von 1853 für Rheinland und Westfalen ist bringender als die Aenderung der Städteordnung von 1853 für die städtischen Provinzen. Man könnte die Sache dadurch regeln, daß man einen Paragraphen als Ueberdangsbestimmung einschließt, wonach bis zur Herstellung der Organe der neuen Kreis- und Provinzialverwaltung die Regierungen die Befugnis des Bezirksraths und der Verwaltungsgerichte übernehmen. Vielleicht wird unter dieser Einschränkung auch Hr. v. Sybel den Provinzen Rheinland-Westfalen die Städteordnung zukommen lassen, und der ist ja der leitende Staatsmann in dieser Frage. (Heiterkeit.) Sollte dieses aber auch nicht der Fall sein, so sind wir entschlossen, auf dem bisher betretenen Wege der systematischen Aenderung der westlichen Provinzen von der neuen Gesetzgebung nicht weiter fortzuschreiten. (Sehr richtig! links.) Diese blasse Furcht vor einigen Clericalen mehr in öffentlichen Ehrenämtern bringt es zu Wege, daß eine Opposition in den westlichen Provinzen sich geltend macht, die den Bestrebungen der Centrumpartei weit günstiger ist, als irgend eine neue Städte-, Kreis- und Provinzialverwaltung sein könnte. (Zustimmung links.) Wir verlangen diese einheitliche Gesetzgebung auch im einheitlichen Interesse der Staats. Wenn leider solche confessionellen Gegensätze zwischen Westen und Osten bestehen, — was ist dann besser im Stande, diese Gegensätze zu überwinden, als das Bewußtsein, einem einheitlichen Staate anzugehören? (Zustimmung.) In der Städteordnung selbst gewahren wir anstatt des erwünschten gleichen Wahlrechts das Dreiklassenwahlrecht. Wenn, wie hervorgehoben wurde, ein Zusammenhang zwischen Wahlen und Communalverwaltungen besteht, so müßte man gar keine Bestimmungen über erstere bis zur Regelung des letzteren treffen. Dann könnte man allerdings bis dahin keine Städteordnung machen. Will man aber das Wahlrecht allein regeln, so ist es viel weniger bedenklich, es ohne das Communalverwaltungen mit gleichem Stimmrecht zu normiren, als ein Dreiklassenwahlrecht fortbauern zu lassen, ohne das Steuerrecht gleichzeitig festzustellen. Das Interesse der Befehlshaber, deren zu großen Einfluß man fürchtet, ist dem allgemeinen Interesse in der Commune oft näher als das der Befehlshaber, und daß dieselben nicht übermäßig die Befehlshaber durch progressive Besteuerung heranziehen, dafür sorgt schon die gegenwärtige Communalbesteuerung. Ich finde vielmehr die Gefahr darin, daß viel mehr Ausgaben im Interesse der bestehenden Klassen namentlich der Hausbesitzer gemacht werden können. Dagegen sind wir durch die staatliche Aufsicht keineswegs geschützt, wenn wir nicht ein Eingreifen der Regierung in die Selbstverwaltung der Commune gestatten wollen. Außer dem Besitz soll auch der Gemeinnutz und die Intelligenz in der Commune zur Geltung kommen und diese sind keineswegs vollständig an den Besitz gebunden. Würden die Wahlen in den höheren Klassen — was ich von der ersten Klasse entschieden befreite — objectiv besser, dann würden die der dritten Klasse desto schlechter, je mehr sie losgelöst wird von denen, welche durch Intelligenz und socialen Einfluß ihre natürlichen Führer sein sollten. Durch das Dreiklassenwahlrecht wird auch eine einseitige Richtung in der Communalverwaltung nicht vermieden, denn die dritte Klasse könnte ja in eine überwiegende Majorität gelangen, während diese Einseitigkeit durch eine Ver-

bindung der übrigen Klassen mit derselben zur gemeinsamen Wahl verhütet würde. Sie werden diese Wahrnehmung durch eine Wahlstatistik der rheinischen Städte in Bezug auf clericale Wahlen bewahrt finden. In großen Städten kommt die Scheidung nach örtlicher Wahl hinzu, wodurch noch Kirchthumsinteressen im engsten Sinne des Worts hineingetragen werden. Aus dem Dreiklassenwahlrecht resultirt auch die oft beklagte allgemeine Indifferenz bei communalen Wahlen, weil dabei kein allgemeines Interesse sich geltend machen kann. Was nun die Verfassung, abgesehen vom Wahlrecht anbelangt, so bin ich der Ansicht, daß es ein Vorzug des Entwurfs ist, wenn man es den Städten freiläßt, die Magistratsverfassung oder die sogen. Bürgermeisterverfassung anzunehmen, nur freilich darf man dabei nicht das Veto der Stadtverordneten-Versammlung neutralisiren wollen durch einen Beschluß des Bezirksraths oder einer sonstigen Aufsichtsbehörde. Ohne die Zustimmung der städtischen Vertretung darf eine solche fundamentale Aenderung niemals vorgenommen werden. Ich sehe diesen beiden Systemen sehr unbefangenen gegenüber; ich glaube, daß für eine größere Anzahl kleinerer Städte auch im Osten die Bürgermeisterverfassung besser ist, als die Magistratsverfassung. Was die mittleren Städte betrifft, so beklagt man am Rhein in vielen Städten, wie ich weiß, als Mangel der Bürgermeisterverfassung den Umstand, daß der Bürgermeister zugleich der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung ist, so wenig man auch sonst die Bürgermeisterverfassung gern mit der Magistratsverfassung vertauschen möchte. Dadurch, daß der Chef der Executive, die einzige verantwortliche Person, zugleich Vorsitzender im Vertretungskörper ist, die Geschäftsführung handhabt, Referenten bestellt, gewinnt er ein Uebergewicht, daß die Controle sehr erschwert und verhindert, daß der Wille der Bürgererschaft angemessen zum Ausdruck kommt. Was dagegen die großen Städte anbelangt, so bin ich entschieden der Ansicht, daß die Collegial-Verfassung den Vorzug verdient. Die Communal-Verwaltung hat eine so große Ausdehnung genommen, daß in einer großen Stadt unmöglich eine einzige Person nach oben und unten verantwortlich sein kann, das würde Mißstände herbeiföhren ähnlich denjenigen, die wir im Deutschen Reich wahrnehmen, wo der Reichskanzler allein die Verantwortlichkeit über viele Geschäfte hat, die er thatsächlich zu überlegen gar nicht im Stande ist. Wenn nun auch das Magistratsystem durchzuführen ist, so braucht man es doch nicht in der Ausdehnung zu conserviren, wie jetzt, wo sich mehrfach ein vollständiges Zweikammersystem entwickelt. Ein wesentlicher Grund ist die zu große Anzahl der Magistratsmitglieder, die sich in Berlin auf 34 beläuft, und eines Theils die rasche Executive unmöglich macht, andererseits die Verantwortlichkeit auf ein Minimum reducirt, und in den bei der geheimen Sitzung der Verantwortlichkeit ganz überhöbten Magistratsmitgliedern ein Souveränitätsgefühl ausbildet, das nothwendig zu einem schroffen Entgegentreten gegen die Stadtverordneten-Versammlung führen muß. Aehnlich geht es in der Stadtverordneten-Versammlung und es entsteht ein Dualismus, gegen den das Verhältnis eines liberalen Abgeordnetenhauses zum conservativen Ministerium eine idyllische Harmonie ist. (Heiterkeit.) Durch Ortsstatut wird sich die Zahl nicht vermindern lassen, weil die Verantwortlichkeit wachsen, die Chancen einer Wiederwahl sich aber verringern würden. Das muß durch Gesetz geschehen. Man hat nun in dem Entwurf den Fehler gemacht, daß man es bei der Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder bewenden läßt, während man für die unbesoldeten ein Maximum von 12 aufstellt. Ich halte die Zahl 12 im Ganzen für groß genug, ebenso wie für die Provinzialauschüsse 13 Mitglieder und für den preussischen Staat 7 oder 9 Minister ausreichen. Wenn man dagegen nur die Zahl der unbesoldeten beschränkt, also das unbesoldete Element im Magistratscollegium abschwächt, so erzielt man das Gegentheil von dem, was man will: der Dualismus zwischen Magistrat und Stadtverordneten wird schärfer. Würde die Zahl der Magistratspersonen beschränkt, so würde ich gar kein Bedenken haben, überhaupt die unbesoldeten Magistratspersonen wählbar für die Stadtverordneten zu machen. So gut ein Mitglied des Provinzial-Ausschusses auch Mitglied des Provinzial-Landtages sein kann, so gut ein Minister Mitglied des Abgeordnetenhauses sein kann, muß auch, wenn man den Magistrat als Executivcollegium hinstellt, ein Stadtverordneter nicht aufhören, Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung zu sein, weil er in den Magistrat gewählt wird. Wenn eine solche Homogenität in den städtischen Körperschaften hergestellt wird — und ich halte das für eine Lebensfrage — so ist die Frage der gemeinschaftlichen Sitzungen eine untergeordnete, die sich von selbst löst. Es kommt nicht so sehr darauf an, wie man die Streitfälle schlichtet, sondern wie man sie von vornherein vermeidet. (Sehr richtig.) Was nun die innere Organisation der Städte betrifft, so sind wir zu der großen Anzahl von Magistratsmitgliedern in den größeren Städten dadurch gekommen, daß in unserer Städteordnung über höhere städtische Beamte keine Bestimmung steht, und die Stadtverordneten-Versammlung, um bei der Wahl eines höheren städtischen Beamten mitwirken zu können, denselben zugleich zum Magistratsmitgliede machen mußte. Wir müssen hier ein anderes System finden und müßten Magistrat und Stadtverordnete gemeinschaftlich diese höheren Beamten wählen lassen. Es kommt ferner darauf an, das Kompetenzverhältnis von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung klarer zu stellen; denn unsere Stadtverordneten-Versammlung verliert unter der Ueberzahl kleinerer Geschäfte immer mehr und mehr die höheren leitenden Gesichtspunkte aus den Augen. Eine Stadtverordneten-Versammlung sollte in den großen Städten nur Grundzüge feststellen und die Anwendung derselben auf einzelne Fälle der Verwaltung überlassen. Wenn aber bisher wirklich durch Communalbeschlüsse solche Grundzüge festgestellt wurden, so bezeichnete der Magistrat dies als einen Eingriff in sein besonderes Recht, da die Institutionen für die Verwaltung nur von ihm allein erlassen werden könnten. Eine Einigung darüber kam nicht zu Stande und die Stadtverordneten mußten nach wie vor selbst von Fall zu Fall entscheiden. Eine Stadtverordneten-Versammlung kann auch bei einer verlässlichen, ihrem Sinn entsprechenden Verwaltung auf die Erledigung vieler Fälle verzichten. Ich würde für die beiden Collegien der größeren Städte ein Verhältnis, wie zwischen Provinzial-Landtag und Provinzial-

Ausschuss wünschen. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß die größeren Städte einer neuen Städteordnung nicht bedürfen, wenn man ihnen nur entgegen der alten die Befugnisse einräumt, ihre Organisationsbedürfnisse zu befriedigen. Im Vergleich mit dem vorjährigen Entwurf und in Hinsicht auf die Staatsaufsichtsrechte befinden wir uns am Anfang einer reactionären Strömung. Die Zuständigkeiten des Landtages bei der Provinzialordnung haben die Regierung den Bestimmungen des Hauses nicht günstiger gestimmt, sondern ihr den Muth zu noch größeren retrograden Forderungen gegeben. Man hat auf den Versuch des Abg. Lasker hingewiesen, den Aufsichtsbörden in der Kreisordnung den Befehlissen der Kreisvertretung gegenüber wegen angeblich verletzter Kreisinteressen ein Veto einzuräumen, und hat dieses System auf die Städteordnung übertragen. Ich verliere über diesen fast naiv zu nennenden Reactionsgeist kein Wort mehr, zumal die Commission bereits einstimmig solches Ansuchen zurückgewiesen hat. Bereits der Colleague Miquel hat darauf aufmerksam gemacht, daß der den Landkreisen ertheilte Polizeibefehl in Verwaltungsvorgängen gegen Polizeiverordnungen und Exekutivbefehle für Stadtkreise verstoßen bleibt. Wir hatten geglaubt, das beruhe nur auf einem Versehen, aber die betreffenden Paragraphen des vorjährigen Entwurfs sind einfach herangezogen worden. Nun ist aber gerade in großen Städten, wo die Polizeiverwaltung so intensiv wirkt, das Bedürfnis nach einer Rechtsinstanz viel lebendiger als in den Landgemeinden; denken Sie doch namentlich an die königlichen Polizeiverwaltungen! Dann möchte ich doch besonders auf die ungünstige Stellung aufmerksam machen, die Berlin hat. Für die Kommunalaufsicht über Berlin giebt es keinen Provinzialrath, keinen Bezirksrath: die Stadt steht unter dem Minister des Innern. In dieser Beziehung betrachtet man sie als eine Provinz. Dann muß man ihr aber auch provinzielle Selbstständigkeit in kommunaler Beziehung geben; aber man hüthe sich wohl, die Verhältnisse von Magistrat und Stadtverordneten nach der Analogie von Provinzialauschüssen und Provinziallandtag zu ordnen. Keiner Landgemeinde, keiner kleinen Stadt, keiner Provinz kann eine Polizeiverordnung octroyirt werden: nur Berlin! Der Minister des Innern ergänzt die verweigernde Zustimmung der Stadtverordneten. Zu welchen Konsequenzen führt dies? Denken wir uns, die wunderbare Provinz sei so, wie projectirt, entstanden und es tritt der Antrag heran, für diese Provinz eine Polizeiverordnung zu machen, alsdann muß der Provinzialrath zustimmen. Geseht, der Provinzialrath der Provinz Berlin lehnt die Zustimmung ab, so ist der Minister des Innern befugt, wenn die Stadtverordneten auch nicht zustimmen, dieselbe Polizeiverordnung für die Stadt Berlin zu erlassen, aber für Rixdorf nicht. (Heiterkeit.) Diese Rixdorfer haben wirkliche Selbstverwaltung, für sie kann ohne Zustimmung eines Vertretungsorgans eine Polizeiverordnung nicht octroyirt werden. (Hört! hört!) Hier ist also die Stadt Berlin in Bezug auf die Selbstverwaltung ungünstiger gestellt als ein kleiner Nachbarort. Ich muß anerkennen, daß der Entwurf in seinen Einzelheiten überaus klar und durchsichtig gearbeitet ist. Man findet in demselben in Vergleich mit dem vorjährigen Entwurf nur nach zwei Richtungen Verschlechterungen, einmal diejenigen, die in politischen Momenten ihre Ursache haben und dann gewisse Verballhornungen, die ich mir nur erklären kann aus den Einrichtungen bureaukratischer Oberbürgermeister. Es scheinen diese die Früchte aus einer beglücktesten Oberbürgermeister-Conferenz zu sein. Aber es wird leicht sein, da die Grundarbeit so gut ist, mit wenigen Weisheitschlägen die Verballhornungen nach der einen und anderen Seite zu entfernen und dadurch ein gutes Werk wieder zum Vorschein zu bringen. Ich behaupte lebhaft, daß uns der Entwurf der Städteordnung erst so spät zugeht. Ich glaube gleichwohl, daß wir alle Kraft anwenden müssen, diese Städteordnung in dieser Session zu Stande zu bringen. Der Abg. Lasker hat mit Recht auf die wachsende Bestimmung der Städte hingewiesen, über ihre Zurücksetzung in Bezug auf die Selbstverwaltung. Wir sehen, daß die Städte sich unter einander verbinden zur Wahrung ihrer Interessen, daß Städteverbände entstehen, daß an der Spitze dieser Agitation, die sonst so überaus ruhigen Bürgermeister und Oberbürgermeister treten. Diese Agitationen verlieren dadurch nicht ihre Bedeutung, daß bisher noch keine politische Partei sich derselben bemächtigt hat; es spricht das vielmehr für ihre Naturwidrigkeit, ihre innere Kraft, die sie aus der Sache selbst nehmen. Man würde es im Lande und bei den Wählern dieser Seite des Hauses am allerwenigsten verstehen, wenn in dieser Legislaturperiode für das platte Land durch das Competenzgesetz die Selbstverwaltung zum gewissen Abschluß käme, ohne daß für die Städte auch nur in der untersten Instanz die Grundlage für die Selbstverwaltung gegeben würde. Das Competenz-Gesetz darf meines Erachtens nicht ohne die Städteordnung zu Stande kommen, und wir werden unsererseits alles dazu thun, daß dieses geschieht. Vorläufig geben wir uns der Hoffnung hin, daß beide Gesetze zu Stande kommen und daß sie, wenn die Mehrheit des Hauses den vom Abgeordneten Miquel entwickelten Grundgedanken trennt, in einem Sinne zu Stande kommen, der auch uns ihre Annahme ermöglichen wird. (Beifall.)

Von den Abgg. Miquel, Hänel und Richter (Hagen) wird hierauf folgender Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) den Entwurf einer Städteordnung einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen, jedoch 2) die in diesem Entwurf, sowie in dem Entwurf einer Wegeordnung, dem Entwurf betreffend die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücktheilungen u., und dem Entwurf betreffend die Bildung und Verwaltung der Provinz Berlin enthaltenen Bestimmungen über die Competenz der Behörden — der Competenz-Commission zu überweisen.

Minister Graf zu Eulenburg: Für mich sind die beiden Hauptpunkte, ob in der Vorlage das Richtige getroffen ist in Bezug auf die Stellung des Magistrats zu den Stadtverordneten, sodann ob in Bezug auf die Competenz der Aufsichtsinstanzen die Vorschläge der Regierung dem Geiste unserer Gesetzgebung entsprechen, wie wir sie in Bezug auf die Kreise und Provinzen bereits festgestellt haben. Wenn dies von den beiden Vorrednern, die gegen den Entwurf sprachen, bereitwillig zugestanden wurde, so muß das die Regierung in hohem Grade befriedigen; es liegt darin für uns die Garantie, daß wir den Gesetzentwurf nicht bloß durch Berathen, sondern zu einem glücklichen Abschluß bringen werden. Der Vorredner sprach von Reactionsversuchen. Davon ist wirklich nicht die Rede. Wollte die Regierung Reactionsversuche machen, so seien Sie versichert, daß sie dieselben am allerwenigsten in solcher Weise, durch vereinzelte Paragraphen sporadisch hier und da zur Ausführung bringen würde. Es ist uns indes nicht entfernt in den Sinn gekommen, von demjenigen Standpunkte abzuweichen, den wir bei dieser ganzen Gesetzgebung von vornherein eingenommen haben. Was die Reactionsinstanzen gegen polizeiliche Verfügungen und gegen die Exekutivbehörden betrifft, so gebe ich dem Vorredner zu, daß hier eine Lücke in dem Entwurf ist. So wie diese Frage jetzt in dem Entwurf behandelt ist, würde Alles beim Alten bleiben, und doch würde das bei der ganzen Lage dieser Gesetzgebung nicht gehen. Da diese Materie außerordentlich schwierig und keineswegs so zu erledigen ist, daß man einfach sagt, es sollen die Bestimmungen, wie sie in der Kreisordnung stehen, in den Entwurf hinübergenommen werden, so ist über die Regelung dieses Punktes Meinungs-

verschiedenheit gewesen, die bis zum letzten Augenblicke nicht ausgeglichen war. Ich habe die Vorlage des Gesetzes deshalb nicht hindern wollen, aber ich werde im Stande sein, im Laufe der Berathung noch ein Amendement von Seiten der Regierung einzubringen, welches diese Lücke ausfüllt. Auf den Antrag, die Vorlage auf die Provinzen Rheinland, Westfalen, Nassau und Bosen auszudehnen, bin ich gefaßt gewesen, aber ich habe es für correcter gehalten, zunächst den Entwurf mit den beschränkten Geltungsbereichen dem Hause vorzulegen und mich über die Wünsche zu vergewissern, welche die einzelnen Provinzen der Städteordnung gegenüber haben würden und darnach hinterher zu versuchen, die Regierung zu bestimmen, auf diese Wünsche einzugehen. (Zustimmung und Beifall.) Ich bin also darauf gefaßt, daß diese Anträge kommen, und habe ihnen nur den Wunsch noch hinzuzufügen, daß auch Frankfurt sich denselben anschließen möchte. Der Abg. Miquel meinte, ich möchte bei der Berathung des Gesetzesentwurfs nicht ängstlich sein. Nein, m. H., ich bin in der That nicht ängstlich, das habe ich bei dieser ganzen Gesetzgebung gezeigt. Ich habe am wenigsten Grund, bei den städtischen Verhältnissen, die ja an und für sich durchsichtiger sind, als die ländlichen, ängstlich zu sein; aber vorsichtig müssen wir sein aus eben den Gründen, die der Vorredner entwickelt hat. Es ist ja ein Gegenstand längerer Erörterungen auch bei den beauftragten Behörden gewesen, die Abgrenzung der Stellung zwischen den kommunalen Körperschaften ist schwer zu machen, aber ganz nothwendig, wenn sie nicht eine Quelle fortwährender Zerwürfnisse und vollständiger Zerrüttung der städtischen Verwaltung sein soll. Es liegt in der Natur der Sache, daß den verständigsten und wohlwollendsten Menschen zugewiesene Befugnisse, so bald sie nicht scharf abgegrenzt sind, zu einem Streben nach Omnipotenz führen. (Sehr richtig!) Es giebt keine Versammlung, und mögen Sie sie zuwimmeln, wie Sie wollen, die nicht glaubte, von der Basis des Gesetzes so weit zu gehen, als sie irgend die Kraft in sich fühlt; und wenn wir hier diese Gelegenheit benutzen müssen, die Grenzen, soweit wir sie finden können, zur Befriedigung Aller bestimmt festzusetzen, dann wird es sich nicht mehr darum handeln, in dem Streit zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat Stellung zu nehmen, sondern wir werden dazu gelangen, den Frieden herbeizuführen, den beide Körperschaften gleichmäßig wünschen. Wir müssen aber auch vorsichtig sein, weil der Abg. Miquel Recht hat, wenn er sagt: indem wir diese Städteordnung beraten, beraten wir in Wahrheit die Städteordnung für die ganze preussische Monarchie. Denn das ist ja unzweifelhaft, daß was Sie jetzt hier beschließen, in längerer oder kürzerer Frist maßgebend für alle Provinzen sein wird. Den eingebrachten Antrag kann auch ich nur für durchaus zweckmäßig erklären, um bei der Berathung dieser verschiedenen Gesetzeswürfe für die Competenzbestimmungen überall Eingang zu gewinnen. (Beifall.)

Abg. v. Manteuffel erklärt sich im Großen und Ganzen mit dem Entwurf einverstanden. Den einzigen Mangel findet er darin, daß für die Stadt und Provinz Berlin nicht eine besondere Städteordnung gegeben sei. Abg. Haken: Bei der Beurtheilung der Vorlage ist es nothwendig, den communal-wirtschaftlichen von dem politischen Theil zu trennen. In erster Beziehung erkenne ich an, daß die Vorlage in fast allen Punkten eine Verbesserung unserer bisherigen Bestimmungen enthält. Insbesondere bin ich mit den über das Verhältnis des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung getroffenen Bestimmungen, so wie mit der Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts durchaus einverstanden. Hinsichtlich des politischen Theils der Vorlage ist entschieden ein erheblicher Rückschritt in Bezug auf die Freiheit der Selbstverwaltung zu constatiren. Ich rechne hierher namentlich die Stellung des Landraths und die Bestimmung, wonach alle Befehle des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung von den Aufsichtsbearbeitern des Staates beanstandet werden können, sobald sie das Interesse der Stadtgemeinde gefährden. Eine analoge Bestimmung in dem Competenzgesetz ist von der Commission einstimmig gestrichen worden; ich hoffe, daß auch hier ein gleicher Beschluß gefaßt werden wird. Ich beantrage, die Vorlage an die Competenzcommission zu verweisen und dieselbe für diesen Zweck um 7 Mitglieder zu vergrößern.

Die Berathung wird hiermit geschlossen. Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Wisseling, daß es nothwendig sei, Bestimmungen darüber zu treffen, in welcher Weise die verschiedenen Commissionen sich untereinander zu verhalten haben. — Abg. Lasker tritt dieser Forderung entgegen, da dieselbe nur geeignet sei, die Schwierigkeiten zu häufen, statt sie zu beseitigen. Sollten sich Inconvenienzen aus dem Verhältnis der beiden Commissionen ergeben, so habe das Haus selbst Augenblick die Möglichkeit, die Sache wieder selbst in die Hand zu nehmen. — Nach Ablehnung des Antrages Haken wird hierauf der Antrag der Abgg. Miquel, Hänel und Richter mit großer Majorität angenommen. — Nächste Sitzung: Montag.

Danzig, 20. März.

Die vorgestrige Sitzung des Abgeordneten-Hauses bot ein eigenthümliches Bild. Die hauptsächlichsten Redner des Tages waren gegen die Städteordnung eingestrichen, und dennoch erklärte sich der Minister des Innern in den wichtigsten Punkten mit ihnen einverstanden. Graf Eulenburg hat der parlamentarischen Majorität gegenüber wohl noch nie eine so entgegenkommende Sprache geführt, aber auch niemals eine allseitige Anerkennung gefunden.

Heute und, sollte dies nöthig sein, auch morgen findet die dritte Berathung des Stats statt. Man hofft damit schnell zu Ende zu kommen, es sind nur sehr wenig neue Anträge angemeldet worden, und man erwartet, daß sich das Centrum damit begnügen wird, den Gang der Berathung um etwa eine Woche verzögert zu haben.

Zu kurzen Erörterungen wird heute wohl noch die von dem Centrum so hart verurtheilte Jugend-Schrift „Simplicius Simplicissimus“ führen. Man hat nämlich bei näherer Prüfung des Buches gefunden, daß der Schmerzensschrei des Abg. v. Schorlemer gänzlich unberechtigt war; der wenigstens in diesem untergeordneten Gesezte vom Centrum beanspruchte Siegeslober wird ihm auch noch entziffen werden. Das Abgeordnetenhaus hat sich von Schorlemer vollständig überumpeln lassen. Die Abgeordneten, welche sich seinem Urtheile von liberaler Seite anschlossen, haben lediglich das Original des Simplicius im Auge gehabt; die von dem preussischen Cultusministerium empfohlene Bearbeitung enthält aber nicht das Mindeste von dem, was die Anklagen des Herrn v. Schorlemer vermuthen lassen. Die „N. L. C.“ schreibt: „Alle die Stellen, welche er als die prägnantesten bezeichnet, enthalten auch nicht ein Wort, welches zu verlesen „die Achtung vor der Würde des hohen Hauses und die Rücksicht auf das Publikum der Tribüne“ hätte verbieten, oder gar, welches zu dem von ihm event. für nöthig gehaltenen Ausschluß der Öffentlichkeit nur

entfernt hätte, Veranlassung geben können. Herr v. Schorlemer hat nicht in Zweifel sein können, daß seine Vorwürfe in ihrer gradezu lächerlichen Maßlosigkeit bald genug erkannt werden würden. Wenn er nichtsdestoweniger sich jener Sprache bediente, so liegt auf der Hand, daß es dem Centrum hier wieder einmal lediglich um die Erregung jener Kreise zu thun war, denen wohl die erste Anschuldigung, nicht aber die spätere Widerlegung durch die clericalische Presse übermittelte wird. Unter diesem agitatorischen Gesichtspunkte ist es übrigens interessant, daß Herr v. Schorlemer es mit der „Achtung vor der Würde des hohen Hauses“ verträglich fand, als einzige der von ihm hervorgehobenen prägnanten Stellen gerade die folgende vorzulegen: „Ich... hörte nur mit halbem Ohr auf Olivier, der die Räuberei das alleradeligste Handwerk nannte, das ja die Könige fort und fort betrieben, indem sie ihren Untergebenen die Steuern auspreßten.“ Noch interessanter aber ist die Bemerkung, daß Hr. v. Schorlemer bei der wörtlichen Vorlesung dieser Stelle sich eine höchst eigenthümliche Amendment erlaubt hat, indem er dieselbe wirklich lautete: „Ich... hörte nur mit halbem Ohr auf Olivier, der die Räuberei das alleradeligste Handwerk nannte, daß ja die Päpste wie die Könige fort und fort betrieben, indem sie ihren Untergebenen Ablasspfennige und Steuern auspreßten.“ Es scheint, daß der Redner eine derartige Erwähnung der Päpste der „Würde des hohen Hauses“ nicht entsprechend gefunden hat.“ Der Verfasser der betreffenden Bearbeitung, Dr. Eard Hugo Meyer, erläßt in der „Wes. Ztg.“ eine Erwiderung, in der er sagt: „Mit reinem Sinne bemühte ich mich, den tödtlichen Kern der alten Simplicissimusgeschichte aus der rauhen und oft rohen Hülle für die heute lebende reifere Jugend herauszuschälen. Nach wiederholter gewissenhafter Durchsicht strich ich Alles, was irgend welchen Anstoß reinen Gemüthern erregen konnte, und gab dem Ganzen ein ernstes, sittliches Gepräge, das kein Unbefangener verkennen wird. Daß mir dies im großen Ganzen gegliedert sein muß, dafür bürgt mir die Zustimmung vieler Männer, deren sittliche Urtheilskraft ich der des Herrn Abg. v. Schorlemer-Alst gleichstellen muß. Dafür bürgen mir ferner die nicht unbedeutenden Erfolge, die das Büchlein auch sonst aufzuweisen hat. Das groß. obenh. evangel. Oberstudiencollegium hat die von dem Volks-schriftenverlage herausgegebenen Schriften, zu denen auch mein Simplicissimus gehört, allen untergebenen Behörden empfohlen. Das tgl. sächsische Cultusministerium hat nach Prüfung eben derselben Schriften deren Empfehlung bei Gründung von Volksbibliotheken zugesagt. Endlich hat das preussische Cultusministerium ebenfalls, wie oben bemerkt, dem Simplicissimus seine Gunst zugewandt. Aber den Hrn. v. Schorlemer-Alst scheint ganz besonders die Vorrede des Büchleins verdrossen zu haben, in der die Hauptschuld des betreffenden Krieges dem Jesuitenorden zugeschrieben wird.“

Ueber den weiteren Gang der Geschäfte des Abgeordneten-Hauses wird berichtet: Der Mittwoch wird des Kaiserlichen Geburtstages wegen frei bleiben. Für den Donnerstag möchte die Linde den Bericht der Eisenbahnuntersuchungscommission angefertigt wissen, während die Conservativen die Genehmigung des Abg. v. Denzin abzuwarten wünschen; event. wird daher der Gegenstand erst heute über 8 Tage auf die Tagesordnung gelangen. Ob es gelingen wird, bereits für diese Berathung materielle Anträge betreffs einer Reform des Concessionswesens vorzubereiten, läßt sich augenblicklich bei der Ueberbürdung der Parteien mit anderen Aufgaben noch nicht sagen. In der nächsten Woche werden dann die Vorlagen wegen der Eisenbahn Halle-Sorau-Guben und der Halle-Rastfel-Bahn, sowie die für die nächsten Tage zu erwartende Vorlage über den Verkauf der preussischen Staatsbahnen an das Reich zur Verhandlung gelangen. Alsdann wird es dringend nöthig sein, die Zahl der Plenarsitzungen möglichst zu beschränken, damit die vielen Commissionen Raum zu ununterbrochener Arbeit gewinnen. Bis jetzt sind grade diejenigen Commissionen, welchen die wichtigsten Gesetzesentwürfe vorliegen, noch nicht über die Anfänge ihrer Thätigkeit hinausgelangt. Die Competenzgesetzcommission und die Commission für die Städteordnung werden reichlich bis zu den Osterferien zu arbeiten haben. Andere Gegenstände, wie die Wegeordnung, müssen wegen ihres Zusammenhanges mit dem Competenzgesetz den Abschluß dieser Arbeiten abwarten. Das Gesetz über die evangelische Kirchenverfassung und das Bisthumsgesetz können in etwa 14 Tagen die Commissionenberatung passiert haben. Die Plenar-Berhandlungen werden also größten Theils in die Zeit nach Ostern fallen. Im Mai wird alsdann das Abgeordnetenhaus eine Pause machen müssen, um die Beschlüsse des Herrenhauses abzuwarten. So viel fest steht, daß an einen Abschluß der Session vor Ende Juni nicht zu denken ist.

Die Erörterungen, welche über den wirklichen Charakter des Herrn Riendorfs Aufschluß gaben, haben, wie nicht anders zu erwarten war, bei den im Ehrenpunkte feinfühligere unter den „Wirthschaftsreformern“ ihre Wirkung nicht verfehlt. Die „Schles. Ztg.“ berichtet: „Nach zuverlässigen Mittheilungen aus conservativen Kreisen hat sich der Abg. v. Below-Saleste wirklich definitiv von M. A. Riendorf und seiner „Landes-Ztg.“ los-gesagt. Er war übrigens der einzige Conservative des Abgeordneten-Hauses, der diesen Zusammenhang noch unterhielt.“

In Italien ist jetzt doch die Ministerkrisis zum Ausbruch gekommen. Das bisherige Cabinet Minghetti wollte seinen letzten (und einzigen) entscheidenden Schritt in der Eisenbahnsache zum entscheidenden Punkt machen und hierüber die Abstimmung veranlassen. Die Opposition wollte aber gerade dieses vermeiden, weil sie wußte, daß ein verurtheilendes Votum in dieser Sache für das künftige Cabinet verhängnisvoll werden würde. Sie wählte daher einen andern Punkt, eine Steuerfrage; ein Angriff gegen die Regierung in einer Steuer-sache ist immer und überall populär, zudem ruht die Maßsteuer in Italien auf dem Volke wirklich mit der größten Härte und die Steuermanipulation vermehrt diese noch. Die Abstimmung in dieser Sache brachte denn auch ein Mißtrauensvotum zu Wege, das Cabinet Minghetti gab seine Demission. Mit der Bildung des neuen Cabinets ist Depretis beauftragt, der geachtteste Führer der Linken, der schon in der

piemontesischen Kammer in den vorbersten Reihen der Opposition gegen Savour stand und zuerst 1862 im Ministerium Ratazzi gleichzeitig mit dem conservativeren Sella ein Portefeuille inne hatte. Es ist immerhin möglich, daß Sella auch hinter der Coalition steht, obgleich er Minghetti's Unterhändler in Wien in der Eisenbahnsache gewesen war. Freilich kann er dann jetzt noch nicht hervortreten, und mußte nur verhindern, daß nicht durch ein Votum in dieser Hauptsache sein künftiges Mitspielen verhindert wurde. Ob Depretis auch bei der Vertheilung der Portefeuilles die Gruppen des Centrums und die toskanischen Conforten der Rechten, welche sich mit den Linken zum Sturze Minghetti's verbanden, bedenken will, ist noch nicht bekannt, aber ohne sie würde es schwerlich zu einer Majorität gelangen. Dem Vatican gegenüber stehen Depretis und seine Freunde nicht so nachgiebig gegenüber, wie Minghetti, und im Zusammenhange damit steht, daß sie wenn auch nicht zu Deutschland aus Neigung stehen, so doch etwas weniger an den Traditionen der alten Schule hängen, welche immer noch Frankreich als den Leisten Italiens zu betrachten geneigt ist und diesem nur mit Widerwillen sich gegenüberstellt. Eine Veränderung der auswärtigen Politik zu Ungunsten Deutschlands und der Friedenspolitik der Kaiserämte ist also von einem italienischen Ministerwechsel nicht zu erwarten. — Aus Rom wird der „Nat.-Ztg.“ geschrieben, der Marquis Montegazza habe sich als den einzigen Urheber der Wechselfälle auf den Namen des Königs angegeben, das sei aber nicht richtig. Der Strafgerichtshof von Bologna hat einen Haftbefehl gegen den Grafen Vittorio Mirafiori, den Sohn des Königs aus seinermorganatischen Ehe, ergehen lassen.

In den letzten Tagen beunruhigte Serbien nicht unerheblich die Mächte. Schon mehrmals wollten dort die nationalen Heißsporne gegen die Türken losbrechen, die Leidenschaft wurden nur immer mit Mühe durch Vernunftgründe zurückge-orängt. Man mußte die Kriegslustigen auf die Zukunft trösten: Wenn der Schnee schmilzt — so hieß es — wenn der Schnee schmilzt, dann steigen die flaischen Brüder aus allen Weltgegenden von den Bergen hiernieder, um den Osmanen zu vertreiben. Der Schnee beginnt zu schmelzen, und die jersbischen Nationalen bestehen auf ihrem Schein. Nun hat sich aber die Lage der Dinge mittlerweile ganz anders gewandt, als man in jenem Lager gehofft. Rußland steht bis jetzt fest zu den andern Mächten und gießt Wasser in die auflebenden Flammen. Man war in vergangener Woche in Belgrad wirklich nahe daran, der Türkei den Krieg zu erklären, nur mit Mühe scheint es den Vertretern Oesterreichs und Rußlands zu gelingen, die Aufgeregten zur Vernunft zu bringen. Ein Cabinetswechsel soll nun den Frieden bringen. Wird dieser erhalten, so ist er zum Theil der Nebenbuhlerschaft Serbiens und Montenegro's zu verdanken. Dies sah mit Neid auf die Bestrebungen Serbiens, und es scheint sich jetzt die Mitwirkung an dem Verhigungs-werke durch Gebietsverweiterung ablaufen lassen zu wollen. Es unterhandelt mit den Türken um eine „Grenzberichtigung“ nach der Herzegovina hin.

Deutschland.

△ Berlin, 19. März. Die Ausführungs-Verordnungen zum Kriegsleistungsgesetz, welche jüngst den Bundesrath beschäftigt haben und deren Inhalt z. Z. an dieser Stelle erwähnt worden ist, sind mit einigen Modificationen kürzlich vom Bundesrath angenommen worden. Der bayerische Bevollmächtigte gab dabei der Annahme-Ausdruck, daß durch den Bundesrathsbeschluß die Frage nicht präjudicirt sei, wie sich die verfassungsmäßigen Befugnisse der Reichsbehörden gegenüber dem selbstständigen Eisenbahnwesen Bayern's zu gestalten haben werde, und daß selbstredend auch die Heranziehung und Verwendung des dem bayerischen Heere angehörigen dienstpflichtigen Personals deutscher Eisenbahnen Sache der bayerischen Militär-Verwaltung bleibe. Auf eine anläßlich der Berathung über die einzelnen Ausführungsbestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes gestellte Anfrage wurde Seitens des Reichskanzleramtes die Antwort ertheilt, daß der Entwurf eines Reglements über die Beförderung der bewaffneten Macht und der Kriegsbedürfnisse auf Eisenbahnen, sowie über den zugehörigen Tarif in der Vorbereitung begriffen und dem Abschluß nahe sei. — Bezüglich des bevorstehenden Erlasses von Bestimmungen über die Behandlung nach-gemachter und verfallener, sowie beschädigter und unbrauchbar gewordener Reichsschaffenscheine sollen die einzelnen Bestimmungen, sobald der Bundesrath denselben beigetreten ist, soweit sie das Rassenverfahren betreffen, den Reichs- und Landes-behörden unter besonderem Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen des Strafbuchbuches mitgetheilt werden, während die Bestimmungen über die zweifelhafte Erschaffensfähigkeit durch amtliche Veröffentlichungen zur Kenntniß des Publikums gebracht werden sollen. — Gegenüber den vielfachen, täglich auftauchenden und oft einander wider-sprechenden Gerüchten über das Hilfsstaffengesetz können wir positiv mittheilen, daß der Gegenstand im Bundesrath seit dem Schluß des Reichstages noch in keiner Weise zur Verhandlung gekommen ist. In Bundesratskreisen giebt man sich auch nicht irgend wie der Beforgnis hin, daß der Entwurf schließlich bei Seite gesetzt werden und unerledigt bleiben möchte. Bisher war auch ein ernstlicher Widerspruch Seitens der preussischen Regierung nicht hervor-getreten; vielmehr hatte andererseits schon während der Berathung des Hilfsstaffengesetzes im Reichstage aus preussischen Regierungskreisen verlautet, daß Preußen in Folge der eingelegenen Sach-verständigen-Gutachten einen wesentlich zustim-menden Standpunkt der Vorlage gegenüber gewonnen habe. Besehen bleibt indeß die auch während der Reichstags-Debatten geäußerte Opposition der sächsischen Regierung und der mit letzterer gehenden Abgeordneten. Die Bedenken derselben stützen sich bekanntlich auf die Annahme, es möchte den Socialdemokraten durch das Gesetz nach den Be-schlüssen des Reichstages Vorhub geleistet werden.

— Feldmarschall Graf Moltke wird sich Ende nächster Woche aus Gesundheitsrücksichten nach Italien begeben.

— Die Verwaltung des Reichs-Invaliden-fonds hat, unter Hinweis auf das dringende Be-

dürftig dieser Verwaltung, wegen der in ihrem Besitz befindlichen südlichen Werthe auch in Frankfurt a. M. ein Bankhaus zu haben, mit welchem sie in geschäftliche Verbindung treten könne, das Bankhaus M. v. Rothschild u. Söhne in Frankfurt a. M. für diesen Zweck bei dem Bundesrath in Vorschlag gebracht. Der letztere hat beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß das genannte Bankhaus als ein solches bezeichnet werde, dessen Vermittlung von der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds nach § 5 des Gesetzes vom 23. Mai 1873, betreffend die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds, in Anspruch zu nehmen ist.

— S. M. Schiff „Medusa“ ist am 16. d. von Lissabon nach Lagos in See gegangen. — S. M. Schiff „Vineta“ hat am 9. Januar cr. die Rhede von Montevideo verlassen und ankerte am 26. desselben Mts. bei Punta Arenas. An Bord Alles wohl.

— Laut amtlicher Anzeige können die Häfen von San Sebastian und Pasajes an der Nordküste von Spanien von Schiffen deutscher Flagge jetzt wieder ohne Gefahr besucht werden.

— Neuerdings ist gegen mehrere katholische Geistliche der Provinz Posen wegen strafbaren Eigennutzes Anklage erhoben worden, indem dieselben nachweislich, um den Geldstrafen zu entgehen, welche der kgl. Commissarius für die Vermögensverwaltung gegen sie festgesetzt hatte, ihr gesamtes Mobiliar vor der Pfändung veräußert oder bei Seite geschafft hatten. So hat es z. B. der Propst an der katholischen Pfarrkirche in Posen gemacht, der eine sehr werthvolle Gemäldesammlung besitzt. Er ist dafür in Anklagestand verfaßt worden. Gegen den Propst Stellen in Posen hatte der Staatsanwalt aus derselben Ursache eine achtwöchentliche Gefängnisstrafe beantragt, doch erkannte das Gericht nur auf eine dreitägige Haft.

München, 18. März. Der König hat die neue Formation des Kriegs-Ministeriums, durch welche dasselbe die gleiche Anzahl von Abtheilungen erhält wie das preussische Kriegs-Ministerium, genehmigt.

Oesterreich-Ungarn.
Agram, 16. März. Ein hiesiger Infanterie-Lieutenant ist unter dem Verdachte, ein Mitschuldiger des in Wien verhafteten Ertel zu sein, heute ebenfalls verhaftet und nach Wien transportiert.

Frankreich.
Paris, 17. März. Der „Français“ widmet der Geburtsfeier der Königin Louise einen längeren Artikel. Er rehet in sehr gezeigter Weise von den Tugenden der edlen Frau und preist das preussische Volk glücklich, weil es zur Zeit seines Unglücks einen so guten Genius besessen habe, eine Königin, deren Name bei den Bemühungen für die Wiederherstellung der nationalen Größe allen Geistern wie ein Glückssymbol vorstehete. Aber davon ausgehend, kommt er zu dem gewagten Schlusse, daß Frankreich in Ermangelung einer Helmin, welche im Herzen des Volkes lebt, sich an die Spitze der christlichen Nationen stellen müsse, im Gegensatz zu Preußen, welches im Namen der Civilisation das Christenthum auszurotten suche. — In den Kreisen des high-life ist von nichts Anderem als der Vermählung des Baron Albert von Rothschild mit Fräulein Bettina, der Tochter des Barons Alphonse de Rothschild, die Unterzeichnung des Contracts, für welche zahlreiche Einladungen in Faubourg Saint-Germain, in der diplomatischen und finanziellen Gesellschaft erteilt sind, ist auf nächsten Sonntag festgesetzt. Mac Mahon und die Marischallin haben versprochen, auch den Contract zu unterzeichnen; Thiers und die Prinzen von Orleans sind auch zu diesem Feste geladen. Die Trauung findet nächsten Mittwoch im israelitischen Tempel der Rue de la Victoire statt. Dem Bischof Dupanloup droht, wie es scheint, ein neuer Verdruss. Er hat in seiner Diöcese in Orleans einen erbitterten Widersacher, den Canonikus Pelletier, der schon seit Jahren unablässig bemüht ist, dem Bischof eins anzuhängen. Bei diesem Bemühen wird er redlich von Louis Beuillot und dem „Univers“ unterstützt. Vor einiger Zeit nun veröffentlichte Pelletier ein Buch, worin er nachzuweisen suchte, daß Dupanloup immer mit der verbrecherischen Absicht umgegangen sei, den Catholicismus mit den neuen, aus der großen Revolution hervorgegangenen Ideen zu verführen. Das „Univers“ lobte natürlich dieses Werk höchlich, aber der Cardinal-Erzbischof von Paris nahm sich Dupanloup's an und ertheilte dem Canonikus Pelletier öffentlich eine derbe Rüge. Aber Pelletier ist zäh und er schickte sein Buch nach Rom, um gegen das Urtheil des Cardinals zu appelliren. Der Papst, versichert man, hat mit Bebauern die gegen Dupanloup gerichteten Angriffe vermerkt, aber da es der ersten Partei, welcher Pelletier und Louis Beuillot angehören, in der ewigen Stadt nicht an Eifer und Einfluß fehlt, so soll das Buch der Congregation des Index zur Prüfung vorgelegt werden, und wenn es bis dahin kommt, könnten Pelletier und Louis Beuillot leicht Recht behalten und über den Erzbischof von Paris und den Bischof von Orleans triumphiren. Das wäre eine Freude für Louis Beuillot! — Nach den Verichten von der oberen Seine und der oberen Marne wird heute die Seine in Paris noch um 20 Centimeter, d. h. auf 6,70 Meter steigen. Man berechnet, daß gestern in Paris auf dem rechten Seineufer bereits 2000 Häuser im Wasser standen. Die Senatoren und Deputirten der Hauptstadt haben gemeinsam gestern einen Besuch in den überschwemmten Stadttheilen gemacht, wo sie von der Bevölkerung mit großer Wärme aufgenommen wurden. — In dem Versteigerungshotel der Rue Drouot ist gestern die schöne Gemäldesammlung des Ritters von Lisingen aus Wien zur Versteigerung gekommen. Der Besitzer braucht nicht zu bebauern, daß er seine Bilder nach Paris zum Verkauf geschickt hat; der Erfolg war bedeutend. Für zwei Ruydael („Wasserfall“ und „Fischsteig“) wurden 15 000 und 29 000 Franken gezahlt, für einen Teniers („Alamische Wohnung“) 21 300 Fr., für einen Bouvermann („Halt am Brunnen“) 20 000 Fr., für einen A. van Ostade („Kartenspieler“) 28 100 Fr. u. s. w. Aber das Hauptstück der Sammlung, ein „männliches Porträt“ von Rembrandt aus dem Jahre 1658, erkaufte Herr Wilson um den Preis von 170 000 Franken.

Spanien.
Madrid, 18. März. Die an den König zu richtende Adresse ist nach lebhaften Debatten mit 276 gegen 30 Stimmen von den Cortes angenommen worden.

Belgien.
Brüssel, 18. März. Die Regierung hat beschlossen, nächsten Dienstag einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Regierung ermächtigt, an die Sociétés pour construction des chemins de fer sofort die Beträge für die von ihr für Rechnung des Staates ausgeführten Eisenbahnbauten (12 Mill. Frs.) auszugeben. Die erwähnte Gesellschaft, welche Schuldnerin der „Banque de Belgique“ ist, hofft auf diese Weise einen namhaften Theil ihrer Schuld an die Banque de Belgique zurückzahlen zu können. Die Bildung eines Consortiums von Bankiers, um der „Banque de Belgique“ zu Hilfe zu kommen, ist nämlich nicht zu Stande gekommen. Die Bank ist von dem Handelsgerichte angewiesen worden, verschiedene Depots zurückzuerstatten.

Italien.
Rom, 18. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer interpellirte der Deputirte Moranas die Regierung wegen der Art und Weise der Erhebung der Malssteuer. Der Minister-Präsident Minghetti erwiderte, die Regierung sei gegenwärtig mit der Prüfung eines verbesserten Einhebungsmodus der Malssteuer beschäftigt, deren Maximal-Ertrag 90 Millionen Fr. nahe komme. Moranas erklärte, daß ihn diese Antwort des Ministers nicht befriedige und beantragte eine Motion, worin die Kammer ausdrückt, daß sie zwar von der Nothwendigkeit durchdrungen sei, das Malsgesetz nicht zu alteriren, daß sie aber die Ueberzeugung hege, daß das Ministerium in Anwendung des Malsgesetzes den Steuerpflichtigen gegenüber unbillig verfahren sei. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der Ministerpräsident, die Regierung beabsichtige über die Frage bezüglich des Rückkaufs der Eisenbahnen ein Votum der Kammer zu provociren, es möge die von Moranas vorgeschlagene Tagesordnung bis dahin vertagt werden. Nachdem Depretis, Correnti und Piccioni diesen Verlagsantrag Minghetti's bekämpft und der letztere wiederholt darauf bestanden hatte, wird derselbe mit 242 gegen 181 Stimmen abgelehnt. Man hält in Folge dessen den Rücktritt des Cabinets für bevorstehend.

England.
— Im Londoner Admiralsgericht wurde am 15. d. M. ein Prozeß verhandelt, welchen mehrere Rettungsbootführer der Scilly-Inseln gegen die Eigner des am 7. Mai v. J. während eines dichten Nebels auf den Klippen gescheiterten deutschen Postdampfers „Schiller“ angestrengt hatten. Kläger hatten zusammen angeblich mit großer persönlicher Gefahr für sich selber 15 Passagiere des „Schiller“, die sich in äußerster Lebensgefahr befanden, gerettet. Ungeachtet dessen, daß sie von den Geretteten für ihre Dienste belohnt worden, beanspruchten sie eine Remuneration von den Eigenthümern des „Schiller“. Das Gericht sprach ihnen eine Summe von 500 Pfd. Sterl. für die von ihnen geleisteten Rettungsdienste zu.

Türkei.
Constantinopel, 16. März. In Bagdad sind einige Pest-Erkrankungen constatirt worden. In Folge dessen hat der Sanitätsrath in dem Vilajet von Aleppo und auf der Straße nach Damascus die Quarantaine etabliert.

Griechenland.
Athen, 18. März. Die Schlußverhandlung in dem politischen Prozesse gegen das gesamte Cabinet Bulgarijs wegen Verfassungsverletzung ist auf den 24. März anberaumt worden.

Danzig, 20. März.
* [Traject über die Weichsel.] Culm-Terespol: bei Tag und Nacht per Rahn. — Warlubien-Graudenz: bei Tag und Nacht per Rahn. — Czerminsk-Marienwerder: bei Tag und Nacht per Rahn.

* v. Strusynski, Sec.-Lt. vom 3. Ostpreuss. Gren.-Regt. No. 4 ist zum Pr.-Lt. v. Ostrowski, Port.-Führ. vom Ostpreuss. Füß.-Regt. No. 33 zum Sec.-Lt. Broglie, Pr.-Lt. vom 7. Ostpreuss. Inf.-Regt. No. 44, zum Hauptm. und Comp.-Chef, Westphal, Sec.-Lt. von demselben Regt. zum Pr.-Lt. Rehbach, Gar. Port.-Führ. von demselben Regt. zum Port.-Führ. befördert.

* Auf Grund des § 50 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 6. Februar v. J. ist Allerhöchsten Orts angeordnet worden, daß eine Befreiung vom Aufgebote in allen Fällen durch den Minister des Innern erfolgen kann; daß aber in dringenden Fällen der Vorsteher der Aufsichtsbehörde eine Abkürzung der für die Befreiung bestimmten Fristen gestatten und bei vorhandener Lebensgefahr von dem Aufgebote ganz entbinden darf.

* Die Provinzial-Schulcollegien sind vom Kultusminister angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß auf höheren Schulanstalten die eingelegten Gebete für den Papst bei Gelegenheit der Schulmessen wegen ihres demotivativen Zweckes fortan unterbleiben.

„[Solente's Theater.] Das Lustspiel „Der alte Fritz“, trotzdem es schon mehrmals Wiederholungen erfahren hat, gefällt noch immer; Herr Vlog spielt die Titelrolle sehr hübsch und auch Herr Vlog (Waldeemar) bringt seine Rolle zur Geltung. — Der Schwant „Eine originale Weib“ wurde beifällig aufgenommen. Die Mitwirkenden, Herr und Frau Bley, Herr Fichtner, Herr Brod, fanden sich mit ihren Partien bestens ab; Fr. Friedland, die sich sowohl in diesem Stücke wie in vielen anderen als tüchtig bewährt hat, geht in den nächsten Tagen zu einem Gastspiel nach dem Hoftheater in Königsberg. — In der Posse „Seifenrichte“ ist Herr Groß (Neumann) ganz ausgezeichnet, recht lebhaft spielte Fr. Tank die „Kiste“. Sehr großer Beifall wurde Herrn Ziegler zu Theil, der durch seine Vielseitigkeit und sein humoristisches Wesen das Publikum auf das Beste unterhält; auch die Vorträge des Herrn Maas fanden viel Anklang. — Die Balletgesellschaft des Herrn Holzer, die noch morgen um eine Dame vermehrt wird, übertrifft alle Erwartungen.

* In den öffentlichen Sitzungen des hiesigen Polizeigerichts vom 14. und 17. d. M. kamen folgende Untersuchungsacten zur Verhandlung und Entscheidung: Der Richter Köster aus Braunsberg-Farndorf ist im December pr. mit einem mit Fieber befallenen Schlitten übermäßig schnell die Milschmannengasse entlang gefahren, wobei er einen Kinderschlitten umwarf, in Folge dessen die Insassen desselben auf die Straße geschleudert wurden und sehr leicht Schaden hätten nehmen können. Diefür durch die Polizeibehörde in eine Geldstrafe von 5 M. genommen, trug er auf gerichtliche Entscheidung an und wurde nun zu einer Geldbuße von 20 M., event. 3 Tagen Haft verurtheilt.

— Der Agent Carl L. hier hat im November v. J. eine Quantität Bauholz auf der Straße an der neuen Mollat mehrere Tage hindurch lagern lassen, wodurch der freie Verkehr behindert wurde, und kam der Aufforderung, denselben fortzuschaffen, nicht nach. In eine Geldstrafe von 3 M. genommen, schloß er sich hierdurch beschwert und mußte erfahren, daß der Polizeirichter die Höhe der Strafe zu gering bemessen erachtete, denn er wurde zu 20 M., event. 2 Tagen Haft verurtheilt. — Der Hofbesitzer Johann Alexander Treber aus Borgfeld hat am 31. December pr. eins seiner vor einem Schlitten befindlichen Pferde, das in der gr. Gerbergasse hier selbst ausgeglichen und gestützt war, in Aergerniß erregender Weise so roh mißhandelt, indem er dasselbe unarmherzig schlug, um es zum Aufstehen zu nöthigen, was dasselbe indeß ohne Hülfe nicht vermochte. Er wurde wegen Thierquälerei zu 30 M., event. 3 Tagen Haft verurtheilt. — Der Fischer Job. Gottf. Bardmann aus Weichselmünde hat sich seit längerer Zeit damit befaßt, in verschiedenen Wohnungen am hiesigen Orte den dort zu diesem Zwecke sich eingefundenen Personen, anscheinend im schlafenden Zustande, Heilmittel für Krankheiten zu verordnen und die von diesen Personen hierfür entrichteten Geldbeträge annehmen. Die Polizei-Anwaltschaft erblieke in diesem Treiben einen groben Unfug und auf ihren Antrag wurde der p. Bardmann zu einer Geldbuße von 15 M., event. 3 Tagen Haft verurtheilt. Dieser Fall beweist, wie viel Aberglaube noch unter den gewöhnlichen Leuten vorhanden ist und wie leicht sich dieselben beschwindeln und ausbeuten lassen.

** [Polizeibericht.] Dem Mannr. S. aus Odra ist in dieser Nacht aus einem verschlossenen Stalle mittelst Einbruchs eine rothe Kuh mit Blasse, einem ganzen und einem halben Horn gestohlen worden. — Dem Kaufmann S. ist am 15. d. M. aus seiner Wohnung ein weißes Tuche und ein Paar leberne Handschuhe gestohlen und ruht der Verdacht des Diebstahls auf dessen Aufwärterin. — Verhaftet wurden: der Schlossergeselle W. und der Arbeiter G. wegen Einschleppens, der Arbeiter K. wegen Verhinderung der Arretirung, der Junge L., weil er sich von einem Bauplatz ein Brett aaneignete. — Von dem in der vergangenen Nacht dem Schiffscapitän S. mittelst Einbruchs gestohlenen Weisseleisch ist heute ein Theil in der Wohnung des Oberboten B. zum Theil bereits gefochet vorgefunden und in Verhaft genommen. — Am Sonnabend Vormittags wurde dem Arbeiter K. von der Fischbändlerin H. den Auftrag, eine Kiste mit Fischen im Werthe von 12 M. vom Dampfbootanlegeplatz nach dem Fischthore zu tragen. K. hat sich mit Kiste und den Fischen entfernt und ist bisher nicht aufgefunden gewesen. — In demselben Tage Abends wurde die Arbeiterfrau D. aus Schilb in der Zuckerschen Mühle dabei betroffen, wie sie Mehl stehlen wollte und bereits 4 1/2 Kilo in ein Tuch verpackt hatte.

— Gefunden Anfangs Februar auf dem Eise der Mollat und jetzt bei der Polizeibehörde zur Ermittlung des Eigenthümers abgegeben eine Meerchaum-Cigarettenpfeife mit Bernstein in einem ledernen Etui.

+ Marienburg, 19. März. Der Schaden, welchen der diesjährige Eisgang unsern Ponons verursacht hat, ist ein verhältnißmäßig geringer; es sind nur 3 leicht beschädigt, für deren Restauration die Aufwendung einer Summe von 10 Thalern voraussichtlich ausreichen sein wird. — Das Project, ein Gesellschaftshaus zu bauen und darin alle größeren geselligen Arrangements demnach zu veranstalten, gewinnt mehr und mehr an Boden. Seitens des Zimmermeisters Thomaßky sind die betreffenden Pläne bereits entworfen worden.

F. Christburg, 18. März. Vorgestern fand im benachbarten Lantjepe die sechste Auction von Zuchtvieh statt. 48 Rälber von 2—15 Monaten alt wurden zum Verkauf gestellt, wovon 46 in fremde Hände übergingen, 2 Rälber dagegen zurückgingen, da der gestellte Minimalpreis nicht überboten wurde. Der Minimalpreis für 46 Rälber betrug 6630 Mk. und wurde derselbe durch die Picitation bis zu der Höhe von 8754 Mk. überschritten. Die schlechten Wege, theilweise Ueberfluthung der Niederung und die diesjährige Futternoth machten sich fühlbar, und dürfte wohl mit Bestimmtheit angenommen werden können, daß unter günstigeren Verhältnissen das ausgezeichnete schöne Zuchtvieh einen noch höheren Betrag gebracht würde. Den meisten Begehr fanden die Bullkälber und brachten natürlich die höchsten Preise von 105—420 Mk., die Rälber dagegen 93—106 Mk., einzelne Rälber wurden mit mehr als dem doppelten Minimalpreise bezahlt. Vergleicht man das Alter der Thiere mit dem Erlös, so beträgt letzterer pro Lebenstag von 2—4 Monat alten ca. 125 Pf., von 5—9 Monaten 72 Pf., von 10—12 Monaten 72 und von 12—15 Monaten 69 Pf. und im Durchschnitt pro Lebenstag ungefähr 64 Pf., woraus wohl für den Landmann zu ersehen sein dürfte, in wie weit die Aufzucht solcher elden Thiere für die Landwirthschaft lohnend ist. — Der gestrige Viehmarktstag war stark besucht von Käufern und Verkäufern; Rindvieh und Pferde waren in großer Anzahl vorhanden. Gutes Vieh wurde auch zu verhältnißmäßig guten Preisen bezahlt, manche Mittelwaare mußte aber auch zum niedrigsten Preise verkauft werden, weil der Futtermangel allzu mächtig drängte.

S. S. Neustadt, 19. März. Herr Professor Dr. Bail aus Danzig hielt gestern in unserem Bildungsverein einen Vortrag über den Nutzen und Schaden der niederen Pilsze. Der Vortragende schilberte zunächst die Bedeutung der Pilsze beim Baden und Bierbrauen, ging dann auf die schädlichen Bildungen ein und besprach, indem er durch gute Abbildungen seinen Vortrag veranschaulichte, den Maisbrand, die Kospilze, das Mutterkorn, die Kartoffelskrankheit, die Traubenkrankheit und die Pilsze, welche die Seidenraupe zerstören. Schließlich gedachte Redner der neuern wissenschaftlichen Hypothesen, welche Pilsze als das Contagium für die meisten epidemischen Krankheiten bezeichnen. Die sehr zahlreiche Versammlung dankte Herrn Professor Bail für den lehrreichen Vortrag durch Erheben von den Sitzen. Unter den im Fragekasten befindlichen vielen Fragen befand sich auch eine von allgemeinerem Interesse, ob nämlich die hiesige obligatorische Fortbildungsschule (wohl jetzt die einzige in Westpreußen) sich bewähre. Von kompetenter Seite wurde sie dahin beantwortet, daß der Nutzen derselben für die Lehrlinge in moralischer Beziehung schon jetzt klar sich zeige, und auch in den Kenntnissen schritten sie weiter, wiewohl nach einer so kurzen Frist von 3 Monaten und bei den sehr verschiedenen Schülern hier noch keine bedeutenden Elemente zu registriren wären.

— S. Schwes, 19. März. Abgesehen von den Gräbern finden beim Graben der Fundamente der hiesigen Provinzial-Fren-Anstalt und beim Planiren des zum Ausbau der Stadt Schwes aus dem Weichselbale auf das höhere linke Schwarzwasserufer — werden fast noch täglich Skelette neueren Datums aufgefunden. So ein männliches Skelett beim Graben einer Kalkgrube auf einem Gehölze in der Altstadt, 6 männliche vollständig erhaltene Skelette in einem Garten inmitten der Neustadt, 1 männliches Skelett mit einem Messer im Schilde, 2 gut erhaltene männliche Skelette beim Rajolen eines Gartens in der Neustadt. Die Letzteren wurden erst gestern gefunden und dürften im Interesse der geistlichen Entwicklung unserer Provinz von bedeutender Wichtigkeit sein. Im vergangenen Herbst stieß man beim Graben in einer Lehmgrube auf eine unabhäugliche Menge von Schädeln. Daß man hier nicht mit regelrechten Gräbern zu thun hat, beweist wohl der Umstand, daß diese männlichen Leberreste fast 2 Fuß unter dem

Rasen und ohne jegliche Holzhauern, die auf einen Sarg deuten lassen, gebettet vorgefunden werden. — Auf der Feldmark Heinrichsdorf ist vor einigen Tagen der Leichnam eines ertrunkenen unbekannten Mannes gefunden worden.

* Der Kreisrichter v. Brittwitz-Gaffron in Schlochau ist zum Staatsanwalts-Gehilfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisgerichts in Schwes ernannt.

Vermischtes.
Berlin, 19. März. Mittwoch fand die Generalversammlung des für Unterstützung bedürftiger Landleute begründeten und sich einer regen Entwicklung erfreuenden Vereins „Danzig“ statt. An die General-Versammlung, die ein Bild der segensreichen Wirksamkeit des Vereins entfaltete, schloß sich ein geselliges Zusammensein der Mitglieder. U. A. — schreibt der „B.-G.“ — waren die Mitglieder des Wallner-Theaters, die Herren Willen und Meißner, von denen der Erstere ebenfalls Danzig seine Heimath nennt, anwesend. Beide Herren wirkten das Mals durch verschiedene Lieder- und Compoletvorträge. Herr Willen hatte eigens für den Festabend ein Compolet geichtet, das die Eigenthümlichkeiten Danzigs in sehr drastischer Weise charakterisirt, und das, vom Dichter mit der ihm eigenen Berve vorgelesen, rauschenden Beifall fand. Die Verbreitung des Opus durch den Druck zum Besten der Vereinskasse wurde von dem Autor in bereitwilligster Weise angesetzt.

* Es circuliren gegenwärtig in Berlin falsche Einmarfküde, bestehend aus einer Composition von Zinn und Blei, welche an dem Klang leicht erkennbar sind, obwohl das Gepräge ziemlich gut ist.

Stuttgart, 18. März. Freiligrath wird Dienstag Nachmittag 4 1/2 Uhr begraben.

— Eine „Neuwerker Zeitung“ erzählt, daß ein zwischen diesem Hafen und der Havana segelnder Dampfer öfters 5000 bis 30 000 Ries grobes braunes Strohpapier mitnimmt. Wozu dieses Papier gebraucht wurde, war lange Zeit ein Geheimniß, aber kürzlich kam es zu Tage, daß es zur Fabrication „Käster Havana-Cigaretten“ verwendet wird. Es heißt, daß Strohpapier, wenn mit dem Saft von Tabakstängeln getränkt, eine eben so gute, wenn nicht bessere „Einlage“ als das echte Blatt abgibt. Ja es ist zu weilen unmöglich, das in der fertigen Cigarette mit Blättern umwickelte zarte Papierhäutchen zu entdecken. Es eignet sich zu diesem Zwecke auch deshalb besonders gut, weil das Papier im Verbrennungsprozeß keine andere Leberreste als eine reine weiße Asche zurückläßt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.
Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Plattes noch nicht eingetroffen.

Frankfurt, a. M., 18. März. Effecten-Societät. Creditactien 145 1/2, Franzosen 247, Lombarden —, Galizier —, Reichsbank 158 1/2, 1860er Loose —. Sehr still.

— Der Privatverkehr in der Effectensocietät bleibt von heute ab bis Mitte October d. J. geschlossen.

Danziger Börse.
Amtliche Notirungen am 20. März.
Weizen loco etwas theurer, 7er Tonne von 2000 Z feingelagert u. weiß 130-135 1/2 215-220 M. Br. hochbunt . . . 131-134 1/2 208-215 M. Br. hellbunt . . . 127-131 1/2 205-210 M. Br. 191-223 bunt . . . 125-131 1/2 198-205 M. Br. A. bez. roth . . . 128-134 1/2 190-196 M. Br. ordinair . . . 118-128 1/2 170-190 M. Br.
Regulirungspreis 126 1/2 bunt lieferbar 202 M. Auf Lieferung 126 1/2 bunt 7er April-Mai 205 M. bez., 206 M. Br., 7er Mai-Juni 208 M. Br., 7er Juni-Juli 212 M. Br., 211 M. Bd., 7er September-October 215 M. Bd.
Roggen loco unverändert, 7er Tonne von 2000 Z 148-149 M. 7er 120 1/2 bez.
Regulirungspreis 120 1/2 lieferbar 147 M. Auf Lieferung 7er April-Mai 141 M. Bd., 7er April-Mai 150 M. Br., 7er Mai-Juni 150 M. Bd., 153 M. Br.
Gerste loco 7er Tonne von 2000 Z große 113 1/2 152 M., 115 1/2 160 M.
Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,485 Gd., 20,485 gem. Amsterdam, 8 Tage, 169,35 Gd. 4 1/2 % Preussische Consolidirte Staats-Anleihe 104,75 Gd. 3 1/2 % Preussische Staats-Schuldscheine 92,90 Gd. 3 1/2 % Westpreussische Pfandbriefe, ritterschaftlich 85,10 Gd., 4 1/2 do. do. 94,20 Gd., 4 1/2 do. do. 101,30 gem., 5 1/2 do. do. 106,00 Br., 105,75 Gd. 5 1/2 % Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,25 Br. 5 1/2 % Commercielle Hypotheken-Pfandbriefe 100,50 Br. 5 1/2 % Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,00 Br. Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 20. März 1876.
Getreide-Börse. Wetter: Schnee und unfreundlich. Wind: West.

Weizen loco fand am heutigen Markte recht rege Kaufkraft, theils für die nicht großen neu eingefloßenen Zufuhren, theils für Partien welche vom Speicher angestellt waren. Inhaber hatten ihre Forderungen heute neuerdings erhöht und sind für die gekauften 540 Tonnen, darunter 165 Tonnen alt, auch neuerdings etwas bessere Preise gegen Sonnabend gezahlt worden. Sommer- 123/4 1/2 191 M., 129 1/2 194, 195 M., roth 130 1/2 203 M., bunt 127, 132 1/2 209 M., hellbunt 123/4, 124 1/2 210, 211 M., 130 1/2 213, 215 M., glatt 126 1/2 208 M., 1/9/30 210 M., hochbunt glatt 129/30 216, 218 M., 132 1/2 219 M., weiß 128 1/2 220 M., alt 129/30, 132 1/2 223, 225 M. 7er Tonne. Termine fester, April-Mai 205 M. bez., 206 M. Br., Mai-Juni 208 M. Br., Juni-Juli 212 M. Br., 211 M. Bd., Septbr.-October 215 M. Bd. Regulirungspreis 203 M. Roggen loco fest, 120 1/2 ist zu 150 M., 122 1/2 150 M., 126 1/2 155 M. 7er Tonne gekauft. Umfas 40 Tonnen. Termine fester gehalten, April-Mai 141 M. Bd., inländischer April-Mai 150 M. Br., Mai-Juni 153 M. Br. Regulirungspreis 147 M. — Gerste loco große 113 1/2 152 M., kleine 115 1/2 160 M., kleine 101/2 135 M., 104 1/2 138 M. 7er Tonne bezahlt. — Weizen loco brachten 230 M. 7er Tonne. — Erbsen loco grüne 195 M. 7er Tonne. — Spiritus loco ist zu 43 M. verkauft.

Schiffs-Zinsen.
Neufahrwasser, 19. März. Wind: NW.
Gefleht: Waagen, Kahlke, Copenhagen; Freya, Nielsen, Christiania; beide mit Getreide.
Angelommen: Catharina, Behrens, Copenhagen, Ballast. — Fleetwing, Fröncke, Methill, Koblens. — Atlantic (S.D.), Svendsen, Helsingborg, leer.
20. März. Wind: NW.
Nichts in Sicht.

Thorn, 18. März. Wasserstand: 12 Fuß 7 Zoll.
Wind: W. Wetter: bewölkt.

Meteorologische Beobachtungen.

Wind	Barometer- Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
19 12	332,80	+ 2,4	Wind, mäßig, bezogen.
20 8	332,34	+ 0,0	Wind, „ „ Schnee.
12	333,55	+ 2,2	Wind, „ „ bezogen.

Als Verlobte empfehlen sich:
Auguste Schröder,
Theodor Schulz.

Englische Regenröcke,
Englische Regenschirme,
Englische Reisedecken,
Englische Plaids

größter Auswahl, bester Qualität

empfeht

F. W. Puttkammer,
Ragasse No. 67.

Ein junger Materialist
sucht unter bescheidenen Ansprüchen eine
Stelle. Off. werden in der Exp. dieser
Btg. unter 8465 erbeten

**4—6 Mann Einquartierung werden
verlangt, wo sagt die Exp. dieser
Btg. unter 8485.**

Feinste Tafelbutter
täglich frisch zu billigen Preisen.
Julius Tetzlaff.

Unterricht in der einfachen wie ital.
Buchführung ertheilt mündlich u.
schriftlich
H. Hertell
Pfefferstadt 51, 4. Etage.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann
Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu No. 9644 der Danziger Zeitung.

Danzig, 20. März 1876.

Abgeordnetenhaus.

Abend Sitzung vom 17. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der an die Budget-Commission verwiesenen Theile des Etats; darunter zunächst das Kap. 99 des Etats des Ministeriums des Innern: Landgendarmarie. Dasselbe wird unter Tit. 1 die Befolgung für 11 Brigadiere, 1 Adjutanten und 44 Districts-Offiziere ohne Veränderung gegen das Vorjahr mit zusammen 248 250 M. aus. Bezüglich der Befolgung des 1. Adjutanten und der 44 Districts-Offiziere ist jedoch die neue Bestimmung hinzugefügt: „und zwar: a. 15 Stellen à 5100 M. mit der Charge eines Majors, b. 15 Stellen à 4050 M. mit der Charge eines Hauptmanns I. Klasse, c. 15 Stellen à 3000 M. mit der Charge eines Hauptmanns II. Klasse.“ Die Commission beantragt: 1) Im Texte die Worte von „und zwar“ bis „eines Hauptmanns II. Klasse“ zu streichen; 2) im Uebrigem den Titel zu billigen; 3) die Staatsregierung zur anerkennung der Befolgung der Pensionenverhältnisse der der Gendarmarie-Offiziere im Wege der Befolgung aufzufordern. Nachdem die Abg. Hammacher und Kieffke für, und die Regierungs-Commissionen gegen den Antrag gesprochen, wird er vom Saule angenommen.

Aus dem Etat für Handel, Gewerbe und Bauwesen war der Tit. 2 des Kap. 66 der Commission überwiesen worden. Diese beantragt, statt der dort vorgeschlagenen „212 Baupoliceur“ zu setzen: „208 Baupoliceur“, statt „285 Kreis-, Land- u. Baumeister“ zu setzen: 289 Kreis-, Land- u. Baumeister“, und demgemäß statt 1 468 194 M. nur zu bewilligen 1 465 794 M. — Berichterstatter Wehrenpfeiffer begründet den Antrag mit Hinweis auf die bevorstehende Neuorganisation der ganzen Organisation des Bauwesens, die es nicht angeht erscheinen lassen die Zahl der etatsmäßigen Baupoliceur für vor der Thoreschluss um vier neue zu vermehren. — Dagegen befürwortet der Reg.-Comm. hauptächlich aus Gründen des zur Zeit noch vorhandenen Bedürfnisses die unveränderte Bewilligung der Forderung. — Abg. Dobr macht auf den Widerspruch zwischen der heutigen Erklärung und der früheren des Handelsministers aufmerksam, welcher selbst die künftige aus der Uebergabe des Chausseebaus an die Provinzen resultirende Reduktion der Stellen als berechtigt anerkannt habe. — Handelsminister Achenbach bestritt, daß ein solcher Widerspruch zwischen beiden Erklärungen vorhanden sei, weil die Provinzen das Recht haben, die Fortführung des Chausseebaus von Staats wegen bis zum 1. Januar 1878 zu verlangen, der Staat also in der That genöthigt sei, im Interesse der Provinzen die Stellen bis dahin aufrecht zu erhalten. — Abg. Lipke glaubt, daß dadurch das Bedürfnis einer Vermehrung der Baupoliceur-Stellen jedenfalls nicht nachgewiesen sei. — Die Position wird hierauf nach dem Vorschlage der Budgetcommission bewilligt.

Ein anderer Antrag derselben geht dahin, dem Tit. 34 des Extraordinariums dieses Etats: (Anlage von Dockwerken auf der Insel Wangeroge 291 625 M.) den Vermerk hinzuzufügen: „Die Veranschlagung ist von der Genehmigung des über die Anlage der Werke mit Oldenburg und Bremen abgeschlossenen Vertrages abhängig.“ Der Antrag wird angenommen.

Eine vollständige Umarbeitung haben die auf dem Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung figurirenden Ausgaben für die bergtechnischen Lehranstalten in der Budgetcommission bewilligt. Diefelben werden in dieser Form vom Saule bewilligt, nachdem Abg. Hammacher als Referent die Gründe der proponirten Veränderungen dargelegt hat.

Vom dem Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung waren die Tit. 4 und 6 des Cap. 106 64 Spezialcommissarien mit 2400 bis 4500 M. Gehalt und 31 Spezialcommissarien aus der Klasse der Regie-

rungsräthe mit 2100 bis 4200 M. an die Budgetcommission verwiesen worden. Letztere beantragt die unveränderte Genehmigung der beiden Titel, während Abg. Schellwies die Erhöhung der betreffenden Gehälter auf 3000 bis 4800 M., beziehungsweise auf 3000 bis 4500 M., den Petitionen der genannten Beamten entsprechend, befürwortet. Bezüglich dieser Petitionen stellt die Budgetcommission den Antrag, dieselben der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Anweisung, diejenigen Spezialcommissarien, welche sich mit der gemäß dem Gesetze vom 24. Juni 1875 neu geregelten Gehaltsfixierung nicht zufrieden erklärten, in allen ihren Beziehungen bei den alten Verhältnissen zu belassen, dagegen beantragt Abg. Kieffke den Uebergang zur Tagesordnung, welche auch Geheimrath Nötter, mit Hinweis darauf empfiehlt, daß die Fixation der Gehälter der definitiv angestellten Spezial-Commissarien nach Maßgabe der Gehaltsätze für Richter, sowie für Reg.-Rathen und Reg.-Räthe in der Weise erfolge. Da die Petenten jetzt auf Reisen höhere Emolumente als früher bezögen, die neuen Sätze aber erst seit kurzer Zeit in Kraft getreten, so könnten sie noch gar nicht wissen, ob sie thatsächlich eine geringere Einnahme haben würden als früher. Die Titel werden unter Ablehnung sämtlicher der Petitionen betreffenden Anträge unverändert genehmigt.

Im Ordinarium des Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung hat die Regierung im Cap. 62 die Bewilligung von 10 000 M. „als Beihilfe für die Stadt Elbing zur Verzinsung und Tilgung der städtischen Kriegsschuld“ beantragt. Die Commission beantragt, diese Summe zu bewilligen, gleichzeitig aber die Regierung aufzufordern: den Zinsfuß für Elbing in dem Etat des nächsten Jahres dem Nothstande der Commune angemessen zu erhöhen. Dagegen verlangen die Abg. Wisselind, Ridert und Wiedewald, den Betrag schon in dem vorliegenden Etat auf 30 000 M. festzusetzen. Außerdem beantragen die Abg. Schröder (Königsberg) und Nötter: Die Regierung aufzufordern, auf Abstellung der Ungerechtigkeiten zu achten, welche für die noch mit Kriegsschulden aus den Jahren 1806–1815 belasteten Bewohner der Kurmark, der Neumark und der Niederlausitz daraus erwächst, daß dieselben jetzt auch noch antheilig zur Gleitderung der Kriegsschulden der Städte Königsberg und Elbing herangezogen werden. Die Antragsteller begründen den Antrag durch den Hinweis auf die Ungerechtigkeit, die in der Beihilfe des Staates zur Bezahlung der Königsberger und Elbinger Kriegsschuld liege, wenn derselbe nicht gleichzeitig den erwählten Landestheilen der Mark zu Hilfe komme. — Reg.-Comm. Nötter bittet, den zweiten Theil des Commissionsantrages abzulehnen, da schon die Forderung der Abg. Schröder und Nötter, auf welchen Consequenzen man durch ein Hinansgehen über die von der Regierung innegehaltene Schranke kommen würde. — Abg. Wisselind weist darauf hin, daß schon die ganz ausnahmsweise Lage der Stadt Elbing während des Krieges von 1807, die ihr gemachten Zugaben, die Anerkennung der Petition im Jahre 1872, die hohen Gemeindesteuern und der verminderte Nahrungsstand der Einwohner hinreichend seien, um den Antrag auf Erhöhung der Beihilfe Seitens des Staates zu begründen, es trete aber noch als ein besonderes Motiv die Thatfache hinzu, daß der früher so bedeutende, aus der Ordenszeit herrührende Grundbesitz Elbings im Jahre 1772 bei Gelegenheit der Annexion Westpreußens der Stadt widerrechtlich abgenommen und als vorgebliches Eigenthum der Krone mit dem Domainenvermögen des Staates vereinigt worden sei. — Die Anträge Wisselind und Schröder, sowie der zweite Theil des Antrages der Commission werden hierauf abgelehnt und die Positionen bewilligt. Die Etats des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses werden ohne Debatte angenommen. — Die Beratung des Budgets ist hiermit beendet.

Vermischtes.

Nachdem das Erscheinen der Strafschnebnelle vom 26. Februar d. J. eine neue Redaction des Reichsstrafgesetzbuches nothwendig gemacht hat, ist im Verlage von F. Guttentag in Berlin auch die bekannte Müllersche Ausgabe des Strafschnebnelle neu aufgelegt. Diefelbe giebt in schöner Ausstattung den neuen und den alten Text in correcter Fassung, dazu schätzbare Notizen über Geschichte, System und Literatur des Strafschnebnelle, laufende Anmerkungen mit den wichtigsten Entscheidungen der Gerichtshöfe, außerdem eine Uebersicht der verschiedenen Einführungsgele und der neben dem Strafschnebnelle geltenden Reichsstrafgesetze, die wichtigeren der letzteren, z. B. Post-, Jmpf-, Marken-, Personenstands- und ein vollständiges Sachregister. Der Preis (1 M.) für das saubere Werkchen gebunden ist billig zu nennen.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 18. März. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine still. — Roggen loco fest, auf Termine ruhig. — Weizen für März 126 1/2, 1000 Rilo 204 Br., 203 Gd., für Mai 126 1/2, 207 Br., 206 Gd. — Roggen für März 1000 Rilo 146 Br., 145 Gd., für Mai 149 Br., 148 Gd. — Safer fest. — Gerste fest. — Hafer still, loco 62, für Mai 59 1/2, für Octbr. 60 1/2, für Juli-August 36 1/2. — Kaffee besser, Umfah 3000 Sack. — Petroleum fest, Standard white loco 12 20, 12 10 Gd., für März 12 00 Gd., für August-Debr. 12 40 Gd. — Wetter: Schnee.

Bremen, 18. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco und für März 12 20 bez., 12 25 Br. für April-Mai 12 15 bez., 12 25 Br., für Sept.-October 12 60. Fest.

Amsterdam, 18. März. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen für März 284. — Roggen für März 173. — Raps für April 385 fl. — Wetter: Schnee.

Wien, 18. März. (Schlußcourse.) Papierrente 67 40, Silberrente 71 40, 1854r Loose 105 00, Nationalb. 898 00, Nordbahn 1800, Creditactien 165 50, Franzosen 280 75, Galizier 192 50, Kaiser-Oberberger —, Barndubier 127 00, Nordwestbahn 138 50, do. Lit. B. 48 50, London 115 80, Hamburg 56 35, Paris 45 85, Frankfurt 56 35, Amsterdam 95 70, Creditloose 163 75, 1860r Loose 111 10, Lomb. Eisenbahn 104 20, 1864r Loose 131 50, Unionbank 66 00, Anglo-Austria 73 90, Napoleons 9 26, Dukaten 5 44, Silbercoupons 103 90, Elisabethbahn 158 20, Ungarische Prämienloose 74 00, Deutsche Reichsbanknoten 56 87 1/2, Türkische Loose 22 00.

London, 18. März. (Schluß-Course.) Consols 94 1/2, 5 1/2 Italienische Rente 70 1/2, Lombarden 9 1/2, 3 1/2 Lombarden-Prioritäten alte 9 1/2, 3 1/2 Lombarden-Prioritäten neue 9 1/2, 5 1/2 Russen de 1872 9 1/2, 5 1/2 Russen de 1871 9 1/2, 5 1/2 Anleihe de 1865 17 1/2, 5 1/2 Türken de 1869 20 1/2, 6 1/2 Vereinigte Staaten für 1885 105 1/2, 6 1/2 Vereinigte Staaten 5 1/2 fundirte 106, Oesterreichische Silberrente —, Oesterreichische Papierrente —, 6 1/2 ungarische Schatzbonds 92, 6 1/2 ungarische Schatzbonds 2, Emiffion 89 1/2, Spanien 17 1/2, 5 1/2 Bernaner 28 1/2. — In die Bank flossen heute 11 000 Pf. Sterl. — Plattsbiscuit 3 1/2.

Liverpool, 18. März. [Baumwollmarkt.] (Schlußbericht.) Umfah 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 6 1/2, middling amerikanische 6 1/2, fair Dholerab 4 1/2, middl. fair Dholerab 4 1/2, good middl. Dholerab 3 1/2, middl. Dholerab 3 1/2, fair Bengal 4, good fair Broad 4 1/2.

new fair Domra 4 1/2, good fair Domra 4 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Bernam 7, fair Smyrna 5 1/2, fair Egyptian 6 1/2. — Stettin. Anflüsse theilweise 1/2 höher. — Paris, 18. März. (Schlußbericht.) 3 1/2 Rente 66 55, Anleihe de 1872 104 70, Italienische 5 1/2 Rente 70 95, Ital. Tabaks-Actien —, Italienische Tabaks-Obligationen —, Franzosen 615 00, Lombardische Eisenbahn-Actien 231 25, Lombardische Prioritäten 242 00, Türken de 1865 18 45, Türken de 1869 112 00, Türkenloose 52 00, Credit mobilier 192, Spanier extér. 17 1/2, do. inter. 16 1/2, Suezcanal-Actien 746, Banque ottomane 432, Societe generale 530, Egypter 318, Wechsel auf London 25 23. — Sehr fest und belebt, hauptsächlich türkische Werthe.

Paris, 18. März. Productenmarkt. Weizen fest, für März 27 25, für April 27 50, für Mai 28 25, für Juni-August 28 75, Mehl fest, für März 59 75, für April 60 25, für Mai-Juni 61 00, für Juni-August 62 25, Hafer fest, für März 76 50, für April 77 00, für Mai-August 78 75, für Septemb.-Dezember 79 00, Spiritus ruhig, für März 46 50, für Mai-August 47 75.

Antwerpen, 18. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen steigend. Roggen unverändert, französischer 19, Hafer ruhig, schwedischer 21 1/2, Gerste behauptet. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 31 bez., 31 1/2 Br., für März 30 1/2 bez., 31 Br., für September 31 1/2 Br., für September-Dezember 32 Br. — Fest.

Newyork, 18. März. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D 86 1/2 C, Goldagio 14 1/2, 1/2 Bonds für 1885 118 1/2, do. 5 1/2 fundirte 118 1/2, 1/2 Bonds für 1887 121 1/2, Eriebahn 20 1/2, Central-Pacific 108 1/2, Newyork Centralbahn 113 1/2, Südschifffahrt des Goldagios 14 1/2, niedrigste 14 1/2. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12 1/2, do. in New-Orleans 12 1/2, Petroleum in Newyork 14 1/2, do. in Philadelphia 11 1/2, Mehl 5 D. 10 C., Rother Frühjahrsweizen 1 D. 53 C., Mais (old mixed) 68 C., Zucker (fair refining) Muscovados 7 1/2, Kaffee (Rio-) 17, Schmalz Marke Wilcox 14 1/2 C., Speck (short clear) 12 1/2 C. Getreidefracht 7 1/2.

Productenmärkte.

Königsberg, 18. März. [Spiritus.] Wochenbericht. (b. Portatius u. Grothe.) Spiritus gab ferner im Preise nach und bewegten sich Umsätze in engen Grenzen. Bezahlt wurde Locowaare mit 45 1/2 bis 45 1/2 M., März 45 1/2 M., Frühjahr 46 1/2, 46 1/2 M., Mai-Juni 47 M., Juni 48 M., August 50 M. pro 10 000 fl. ohne Faß.

Stettin, 18. März. Weizen für April-Mai 201 00 M., für Mai-Juni 204 50 M. — Roggen für April-Mai 145 50 M., für Mai-Juni 146 00 M., für Juni-Juli 146 50 M. — Hafer 100 Kilogr. für April-Mai 61 00 M., für Herbst 62 00 M. — Spiritus loco 43 00 M., für März —, für April-Mai 44 50 M., für Mai-Juni 45 50 M. — Rübsen für Frühjahr —, Petroleum für März 13 75 M.

Kartoffelmarkt.

Berlin, 17. März. Bezahlt wurde für gesunde reingewaschene feuchte Kartoffelstärke disponibel 6 20 bis 6 25 M., für März-Mai 6 30 — 6 35 M., für 50 Kilogr. kleinere Partien 0 20 — 0 25 M. höher. Prima centrifugirte chemisch reine Kartoffelstärke und Mehl auf Sorten getrocknet, disponibel und für März-April 12 30 — 12 50 M., Prima Kartoffelstärke und Mehl, ohne Centrifuge gearbeitet, chemisch gebleicht oder mechanisch getrocknet für März-April 11 75 — 12 M., disponibel 12 — 12 25 M., Prima Mittelqualitäten disp. 11 — 11 50 M., secunda do. 10 — 10 75 M., tertia und schlammigetrocknet 4 — 6 M. Alles für 50 Kilo. (Schl. Ztg.)

Bekanntmachung.

Zum Bau einer Seling sollen 6800 Tonnen Portland-Cement, ca. 5106 Kubikmeter Granitbreckel oder Sammelstein und 2800 Kubikmeter Mauergrund beschafft werden. Lieferungsbedingungen sind verlegt mit der Aufschrift „Submission auf Lieferung von Baumaterialien“ bis zu dem am 27. März d. J.

Mittags 12 Uhr, im Bureau der unterzeichneten Behörde an bekannten Termine einzureichen. Proben von Cement und Grund sind beizulegen.

Die Lieferungsbedingungen, welche auf portofreie Anträge gegen Erstattung der Copialien abschriftlich mitgetheilt werden, liegen für jedes Material besonders im Eisenbahnbureau zur Einsicht aus. Danzig, den 13. März 1876.

Kaiserliche Werft.

Bekanntmachung.

Die bei der Artillerie-Werkstatt Danzig vorrathenden Transporte von Amee-Material auf dem Wasserwege sollen pro 1876 in öffentlicher Submission vergeben werden und steht hierzu Termin an auf Donnerstag, den 23. März c., Vormitt. 11 Uhr, im Konferenzzimmer der genannten Werkstatt, Süßengasse No. 7b. Die Bedingungen können daselbst eingesehen werden. Danzig, den 7. März 1876.

Königl. Direction der Artillerie-Werkstatt.

Bekanntmachung.

Die Gestellung der Pferde zum Festhalten der St. inschüttungen auf der Danziger-Direktionsstraße zwischen Danzig und Mühlberg und auf den Kreis-Chausseen Braut- und Braut-Verkehr soll für das Jahr 1876 in Submission vergeben werden, zu welchem Behufe im Bureau des Unterzeichneten, Frauengasse 21 auf Connabend, den 25. März cr. Mittags 12 Uhr Termin anstelt.

Die Bedingungen sind bei den betreffenden Chaussee-Aufsichtern einzusehen. Danzig, den 16. März 1876. Der Wasser-Bauinspector. Degner. (8217)

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von 14. März 1876 ist in unser Protocoll-Registrier unter No. 11

eingetragen, daß die Kaufrau Nadel Brenz, geb. Viemann, in Marienburg als Inhaberin der daselbst unter der Firma:

S. Preuss

bestehenden Handelsniederlassung den Kaufmann Carl Brenz daselbst ermächtigt hat, die vorbenannte Firma per procura zu zeichnen. Marienburg, den 14. März 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

bestehenden Handelsniederlassung den Kaufmann Carl Brenz daselbst ermächtigt hat, die vorbenannte Firma per procura zu zeichnen. Marienburg, den 14. März 1876.

Dampfer „Neptun“, Capt. Liedtke, laßt von Montag, den 20. d. Mts., bis Mittwoch in der Stadt, Donnerstag, den 23. d. M., in Neufährwasser. — Güteranmeldungen für die Wechselstädte bis Graudenz nimmt entgegen.

A. R. Piltz,

Schäfererei No. 12.

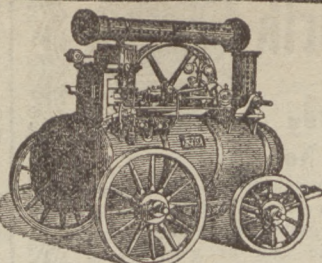
Franz Bluhm, Friseur, Marktaufgasse No. 5, empfiehlt seinen Salon zum Haarschneiden und Frisiren, Fabrik künstlicher Haare, beiten für Herren und Damen, Lager von Böpfen, Chignons, Eizettel und Locken.

Franz Bluhm, Marktaufgasse No. 5.

Populair-medicin. Werk.

Durch alle Buchhandlungen, oder gegen Einzahlung von 10 Briefmarken à 10 Pf. direct von Dr. Alry's Naturheilmethoden, zu beziehen. „Dr. Alry's Naturheilmethoden“ Preis 1 Mark. Wer in diesem berühmten Werk, ca. 500 Seiten starken Buche angeführten Heilmittel nachzuverfolgen wünscht, der wird die zahlreichen darin abgedruckten Dankschreiben beweißen, daß selbst solche Kranke noch Hilfe gefunden, die, der Verwirrung halber, zeitungslos verloren schienen; es sollte daher dies vorzügliche Werk in keiner Familie fehlen. — Man verlange und nehme nur das Original, welches auf dem Titel die „Wichtige Angabe“ steht, in Bezug, welche auf Wunsch auch einen Auszug des selben gratis und franco versendet.

Vorräthig in S. Doubler's Buchhandlung Danzig. (9665)



Die Maschinenfabrik und Kesselschmiede

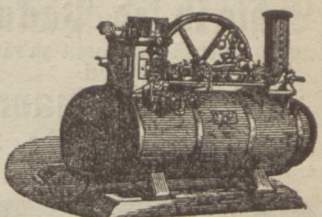
von R. Wolf

in Buchau-Magdeburg

baut seit 13 Jahren als Specialität Locomobilen

mit ausziehbarer Röhrenleiste, fahrbar und für stationäre Betriebe.

Preislisten und Referenzenverzeichnisse werden auf Wunsch gefandt.



Frühjahrs-Sächer

in Seide, Stoff, Papier und Holz, schwarz, grau, braun etc., mit Stiel, als Schirm zu tragen, und ohne Stiel als Handsächer, empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen

Louis Löwensohn Nachfolger,

17. Langgasse No. 17

Meinen werthen Kunden die ergebene Mittheilung, daß sämtliche Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommer-Saison in reichhaltigster Auswahl eingetroffen sind.

F. A. Giese,

Seilgasse No. 5, Ecke der Theatergasse.

Sebel-Häufel-Maschinen für Handbetrieb in drei Größen,

Amerikanische Korn-Reinigungs-Maschinen,

Schrotmühlen in verschiedenen Größen,

Drehmangeln in bester Construction empfiehlt

J. Zimmermann, Steindamm No. 7.

Ein Horner-Gehilfe mit guter Empfehlung sucht Stellung. Näh. Wartenbuden 19, bei Geißelbrecht.

1—2 junge Damen finden Pagenpflanz Pension. Näheres daselbst parterre links. (8415)

Signir-Farbe,

schön schwarz und beständig gegen Wasse, liefert in guter Qualität für Holzwerk und Leinen

Albert Neumann,

Langenmarkt 3.

Frisch gebrannten Kalk

offerirt ab Kalkbrennerei Bröhen und Comptoir Große Berbergasse 6

W. Wirthschaft

Eisenbahnschienen

zu Bauzwecken in beliebigen Längen offerirt zum billigsten Preise

S. A. Hoch,

7318) Johannisstraße 29

100 Ctr. Malzkeime sind zu verkaufen in der Branerei Hundeg. 11,12.

Starke Fensterläden, bide Dachschneiben, Glasdachpflannen, Schaufeln, Hergläser, farbige Glas, Goldblechen, Spiegel und Glafer-Diamante empfiehlt die Glashandlung von (8656) Ferdinand Fornas, Domburgasse 18

Ein Grundstück

in der Hauptstraße der Stadt Graudenz, worin seit 30 Jahren ein Manufaktur-, Kurz- und Weißwaaren-Geschäft, mit ausgereiteter Kundschaft mit gutem Erfolgs betrieben, ist mit oder ohne Lager unter günstiger Zahlungs-Bedingung zu verkaufen. Näh. in der Exp. dieser Btg. unter 7351.

